

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Heinz Timmermann

Modellvarianten der
Einheit und Zusammenarbeit
in der kommunistischen
Weltbewegung

Paul Kevenhörster

Zwischen Etatismus
und Selbstverwaltung —
Management und
Arbeiterschaft in
jugoslawischen Unternehmen

B 45/71

6. November 1971

Heinz Timmermann, geb. 26. 10. 1938, Studium von Geschichte, Politik und Latein in Marburg, Göttingen und Berlin. Seit 1969 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Spezialgebiete: Kommunistisches Parteiensystem sowie Strategie und Taktik der Linken in Westeuropa (vor allem Italien und Frankreich). Aufsätze zu diesen Themen in Zeitungen und wiss. Zeitschriften, u. a. in: Osteuropa, Europa Archiv, Politische Studien; Rundfunkmanuskripte.

Paul Kevenhörster, Dr. rer. pol., Dipl.-Kfm., Dipl.-Volksw., geb. am 5. Juni 1941 in Schwerte/Ruhr, Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Politischen Wissenschaft an den Universitäten Köln, Bonn, Hamburg, Pennsylvania State University (USA) und Sophia-Universität Tokio. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut zur Erforschung von Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Hürth-Stotzheim.

Veröffentlichungen u. a.: Das politische System Japans, Köln und Opladen 1969; Der Überdruß an der Demokratie. Neue Linke und alte Rechte — Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Köln 1970 (Mitverf.); Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969, Köln—Berlin—Bonn—München 1970 (Mitverf.); Politischer Extremismus in der Demokratie; Bonn 1970 (Mitverf.); zahlreiche Zeitschriftenaufsätze.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Modellvarianten der Einheit und Zusammenarbeit in der kommunistischen Weltbewegung

„Die Dinosaurier paßten sich weder an noch folgten sie der Entwicklung der anderen Tiere — und daher überlebten sie nicht.“
Massimo Calderazzi, *Vie Nuove*, 19. 6. 1969

I. Gruppierungen und Tendenzen in der Organisationsfrage

Als vor etwa zwei Jahren, im Juni 1969, die dritte Internationale Beratung kommunistischer Parteien ihren Abschluß gefunden hatte, war man sich im Osten wie im Westen über eines einig: Das Moskauer rote Gipfeltreffen markierte eine wichtige Etappe auf dem Wege zu neuen Formen der Zusammenarbeit in der — nach sowjetischer Zählung mittlerweile auf 90 Parteien angewachsenen — kommunistischen Weltbewegung.

Im übrigen jedoch differierten die Einschätzungen der Konferenzergebnisse sowie die Ansichten darüber, wie sich die Einheit im Weltkommunismus zukünftig manifestieren werde, beträchtlich. Unter den westlichen Beobachtern glaubten die einen die Moskauer Zentralgewalt gestärkt, während andere das Treffen umgekehrt als einen endgültigen Durchbruch zu einem pluralistischen Kommunismus werteten.

Nicht weniger unterschiedlich war die Einschätzung unter den 75 Konferenzteilnehmern selbst. Bei aller Vorsicht vor Etikettierungen lassen sie sich, grob gesprochen, in drei Gruppen einteilen: die sowjetisch geführten Traditionalisten, die bei verbalem Bekenntnis zur Selbständigkeit der Einzelparteien an dem Ziel festhalten, eine allgemeinverbindliche ideologisch-politische Generallinie auszuarbeiten; die in sich keineswegs homogene Gruppe der Autonomisten (zu ihnen zählen so unterschiedliche Kräfte wie die italienische, rumänische und kubanische KP), die zwar an der grundsätzlichen Solidarität mit den Bruderparteien festhalten, im übrigen aber ihre politische Linie selbst bestimmen wollen; schließlich eine „zentristische“ Gruppe, die je nach politischer Opportunität mehr zu der einen oder der anderen Richtung neigt oder sich auf einem Gebiete (etwa der Innenpolitik) „autonomistisch“ und auf anderen „traditionali-

stisch“ verhält (z. B. die Parteien Ungarns oder Frankreichs).

Zwar war man sich grundsätzlich einig über die Notwendigkeit, die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zu wahren und von Zeit zu Zeit auch zu demonstrieren. Nach langem Zögern hatte sich sogar die italienische KP (IKP), die stärkste nichtregierende KP und Vorkämpferin der Parteienautonomie, dem entsprechenden Drän-

Paul Kevenhörster

Zwischen Etatismus und Selbstverwaltung. Management und Arbeiterschaft in jugoslawischen Unternehmen S. 21

gen der KPdSU nicht verschließen können. Parteichef Luigi Longo begründete die Teilnahme der IKP an der Weltkonferenz ausdrücklich mit der Notwendigkeit, „dem gegenwärtigen Prozeß des Auseinanderstrebens Einheit zu geben“ sowie „den zentrifugalen Tendenzen und der Gefahr des Zerfalls dadurch zu begegnen, daß man einen gegenläufigen Prozeß zur Verstärkung und Entwicklung der Zusammenarbeit“ in Gang setzen müsse¹⁾.

Während der Beratungen vom Juni 1969 konnten Divergenzen jedoch nicht überwunden werden — kein Wunder angesichts der Polymorphie des Systems kommunistischer Staaten und Parteien, die unter jeweils spezifischen Bedingungen wirken. Von vordergründigen, unterschiedlichen Einschätzungen zu konkreten politischen Tagesfragen abgesehen, bezogen sich die Meinungsverschiedenheiten auf die zu-

¹⁾ Longos Denkschrift über die „Einheit in Vielfalt“, *Rinascita* 20. 10. und 27. 10., 3. 11. und 10. 11. 1967, deutsch auszugsweise in: *Ost-Probleme* 25 (15. 12. 1967), S. 671—677, hier S. 672.

künftige Form der Zusammenarbeit in der kommunistischen Weltbewegung sowie auf die Methoden, die zwischen einzelnen ihrer Abteilungen entstandenen Konflikte zu lösen. Das alte Konzept eines autoritativ entscheidenden Führungszentrums war überholt und nun auch offiziell ad acta gelegt worden (nachdem es hinter den Kulissen des dritten Moskauer Kommunistentreffens von der KPdSU und einigen ihrer Anhänger noch einmal — wenn gleich mehr aus konferenztaktischen Gründen — ins Spiel gebracht worden zu sein scheint). Andererseits hatte aber auch die ursprünglich italienische Idee einer „Einheit in der Vielfalt“ noch keineswegs allgemeine Zustimmung gefunden: Es herrschte Uneinigkeit darüber, wie die Einheit zu erreichen sei. In dieser Transformationsphase der kommu-

nistischen Weltbewegung ist es sicher nützlich, die verschiedenen Modellvarianten multilateraler Zusammenarbeit unter den im Prinzip prosovietischen Parteien²⁾ etwas genauer zu beleuchten — insbesondere die mitunter geradezu konträren Vorstellungen der sowjetischen und der italienischen Kommunisten. Welche historischen Erfahrungen liegen den verschiedenen Konzeptionen zugrunde? Wie will man zukünftig Konflikte im Weltkommunismus lösen (sofern man sie überhaupt auf objektive Ursachen zurückzuführen bereit ist)? Wie sieht die Praxis multilateraler Zusammenarbeit seit der Moskauer Konferenz aus? Und schließlich: Welche Perspektiven ergeben sich aus alledem für die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt dessen, was man vage als kommunistische Weltbewegung bezeichnet?

II. Dezentralisierung und Regionalisierung im Weltkommunismus

Noch während des Zweiten Weltkrieges war man im Exekutivkomitee der Komintern zu der Einsicht gelangt, daß die organisatorische Form einer zentral gelenkten kommunistischen Internationale eher ein Hindernis als eine Hilfe für die Einzelparteien sei: zu stark waren die Mitgliederparteien angewachsen und zu unterschiedlich waren vor allem die Kampfesbedingungen in den einzelnen Ländern geworden. Mit dieser Begründung jedenfalls, die man nicht als reines Propagandamanöver abtun sollte, wurde die Komintern 1943 aufgelöst. Hinfort übernahmen die entsprechenden ZK-Abteilungen des KPdSU-Sekretariats direkt die Kontrolle über die Einzelparteien.

Nicht viel anders als der Komintern erging es dem — 1947 zur Koordinierung kommunistischer Aktionen in Europa gegründeten — Kominform-Büro: Mit dem Kraftakt des Ausschlusses Jugoslawiens im Jahre 1948 hatte es seine Energien verbraucht und führte bis zu seiner Liquidation (1956) nur noch ein Schattendasein. Stalins Versuch von 1950 schließlich, eine neue Internationale zu gründen, scheiterte bereits im Ansatz: Der von ihm als Generalsekretär ausersehene IKP-Chef Palmiro Togliatti weigerte sich strikt, sein internationales Prestige in ein derart anachronistisches Unternehmen zu investieren.

Interessanterweise zeichneten sich die unterschiedlichen Vorstellungen schon damals am deutlichsten bei den Parteiführern gerade je-

ner beiden kommunistischen Parteien ab, die sich auch heute als entschiedenste Vorkämpfer unterschiedlicher Modellvorstellungen profilieren. Immerhin, seit diesem letzten Versuch war die Idee einer neuen zentralistischen internationalen Organisation des Kommunismus derart diskreditiert, daß entsprechende spätere Vorstöße keine ernsthafte Realisierungschance mehr hatten.

Togliatti ließ es jedoch keineswegs bei seiner negativen Stellungnahme bewenden. Vielmehr zog er, die moralische Autoritätskrise der KPdSU nach dem XX. Parteitag von 1956 nutzend, die logische Konsequenz aus dem Komintern-Auflösungsbeschluß und schlug vor, der Auffächerung des Weltkommunismus in ein polymorphes Parteiensystem nunmehr auch politisch-organisatorisch Rechnung zu tragen. Schlagwortartig sprach er von einer neuen Phase des „Polyzentrismus“, in die die internationale kommunistische Bewegung eingetreten sei.

²⁾ Wir beschränken uns hier auf die Konzepte der 75 in Moskau vertretenen Parteien. Die Vorstellungen der fünf regierenden Parteien Albanien, Chinas, Jugoslawiens, Nordkoreas und Nordvietnams sowie diejenigen beispielsweise der wichtigen japanischen KP bleiben somit unberücksichtigt. Zur Entwicklung des kommunistischen Parteiensystems zwischen dem 23. und 24. Parteitag der KPdSU (März/April 1966 bis März/April 1971); vgl. jetzt auch die Analyse von K. Devlin, *Problems of Communism* 4/1971, S. 22—35.

Nachdem er diesen damals ebenso sensationellen wie verfrühten Gedanken unter dem Druck der sowjetischen und französischen Genossen wieder hatte fallenlassen müssen, fand er in seinem Jalta-Memorandum vom August 1964 ein neues Rezept: Man solle „die Parteien veranlassen, auf einer Reihe von Zusammenkünften gruppenweise die Aufgaben gründlich zu prüfen und besser zu definieren, die uns heute in den verschiedenen Bereichen unserer Bewegung gestellt sind“. Möglich sei dies durch „recht häufige Fühlungnahme und durch den Erfahrungsaustausch zwischen den Parteien auf breiter Ebene; Einberufung gemeinschaftlicher Tagungen zum Studium gemeinsamer Probleme gewisser Gruppen von Parteien; internationale Arbeitstagungen allgemeiner Probleme der Wirtschaft, Philosophie, Geschichte usw.“³⁾

Dieses Dezentralisierungskonzept, das seither mit Erfolg praktiziert und von der Moskauer Kommunistenkonferenz von 1969 schließlich auch offiziell gebilligt wurde, ist zweifellos elastischer als das alte zentralistische Modell. Es begünstigt die — unter Umständen rasche — Ausarbeitung einer taktisch-strategischen Aktionseinheit durch Parteigruppen je nach ihren konkreten Regionalbedingungen. Es schafft die Möglichkeit, zwischenparteiliche Konfliktpunkte dadurch zu entschärfen, daß Auseinandersetzungen über ideologische Fra-

gen zurückgestellt werden und die Parteien konkrete Aktionsprogramme erarbeiten, ohne sich der Zustimmung einer Zentralinstanz versichern zu müssen: „Eine ganz neue Phase internationaler kommunistischer Planung und Kooperation auf strategisch-taktischem Gebiet hatte begonnen.“⁴⁾

Regionalkonferenzen im gesamt- und westeuropäischen, im arabischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Raum zeigen, daß dem von den Italienern angeführten, wachsenden Lager der Autonomisten in diesem Punkt bereits vor dem kommunistischen Gipfel von 1969 ein entscheidender Durchbruch geglückt war.

Am Ende gelang es den sowjetisch geführten Traditionalisten zwar, ihr Konferenzprojekt zu realisieren, doch mußten sie dabei viel Wasser in den Wein gießen. Vielleicht trug das rote Gipfeltreffen von 1969, langfristig gesehen, sogar zu einer Beschleunigung des Transformationsprozesses innerhalb der kommunistischen Weltbewegung bei, da jede Partei in einer Art Selbstklärungsprozeß gezwungen war, ihren Standpunkt deutlich zu formulieren und ihn auch öffentlich zu vertreten.

Eine solche Vermutung jedenfalls drängt sich auf, wenn man die unterschiedlichen ideologischen, politischen und organisatorischen Kooperationsmodelle näher untersucht.

III. Modellvarianten der Zusammenarbeit

Ausgangspunkt dieser unterschiedlichen Vorstellungen ist die jeweilige Interpretation der Souveränität sozialistischer Staaten sowie der Autonomie kommunistischer Parteien.

Es ist bekannt und braucht daher an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt zu werden, daß der Traditionalistenflügel seit der ČSSR-Intervention gegen den erbitterten Widerstand der Autonomisten verstärkt bemüht ist, den vorgeblich übergeordneten Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft Priorität einzuräumen gegenüber der Souveränität der einzelnen sozialistischen Länder. Ansätze dazu fanden Eingang sowohl in das Hauptdokument der Moskauer Beratung von 1969 wie

auch in den sowjetisch-tschechoslowakischen Bündnisvertrag vom 6. 5. 1970. Aus dem Hauptdokument zitieren die Traditionalisten nicht zufällig immer wieder jene Passage, wonach „die Verteidigung des Sozialismus ... die internationale Pflicht der Kommunisten“ ist⁵⁾. Im Prager Vertrag ist von „brüderlicher gegenseitiger Hilfe“ die Rede sowie von der „gemeinsamen internationalen Pflicht der sozialistischen Länder“, die sozialistischen Erregenschaften zu festigen und zu verteidigen⁶⁾. Gegenwärtig versucht man sogar, die mit dem Namen Breshnews verknüpfte Dok-

³⁾ W. Berner, Europa-Archiv 7 (1966), S. 243.

⁴⁾ Das Hauptdokument ist abgedruckt in: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Prag 1969, S. 12—46, hier S. 26.

⁵⁾ Das Hauptdokument ist abgedruckt in: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Prag 1969, S. 12—46, hier S. 26.

⁶⁾ Rudé právo, 7. 5. 1970, S. 1.

trin der beschränkten Souveränität zu einem „allgemeinen Prinzip internationalen sozialistischen Rechts“ zu erheben, das auf sämtliche nicht-paktgebundenen sozialistischen Staaten, ja selbst auf die Länder anzuwenden sei, die zukünftig den Weg des Sozialismus beschreiten wollen⁷⁾.

Nicht viel anders die Divergenzen zur Frage der Parteienautonomie. Für die Autonomisten ist sie, unbeschadet freiwilliger internationalistischer Koordination, per definitionem unteilbar und sinnvoll nur als völlige Selbständigkeit der Einzelparteien bei der Festlegung ihrer Innen- und Außenpolitik sowie ihrer Stellung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. Die KPdSU hingegen ist faktisch allenfalls bereit, eine „beschränkte Autonomie“ zuzugestehen — beschränkt in dem Sinne, daß den Parteien zwar in Fragen der innenpolitischen Strategie und Taktik eine gewisse Selbständigkeit zugestanden, im übrigen aber eine strikte Unterordnung unter die von ihr einseitig interpretierten Prinzipien des „proletarischen Internationalismus“ abverlangt wird.

Auf eine kurze Formel gebracht, geht die sowjetische Konzeption von der Annahme aus, daß trotz aller unterschiedlichen Kampfbedingungen der Einzelparteien eine ideologisch-politische Einheit im Weltkommunismus auch heute noch notwendig und möglich ist. Die Autonomisten dagegen halten eine derartige Einheit, auf absehbare Zeit jedenfalls, für utopisch und den Versuch, sie um jeden Preis zu realisieren, für schädlich. Während die Differenzen nach Ansicht des sowjetischen Lagers ausschließlich subjektiven Charakter haben (und somit korrigiert werden können und müssen), sind sie in der Sicht der Autonomisten objektiv begründet (und daher nur in einem langen Entwicklungsprozeß zu überwinden). Während jene die Divergenzen bekämpfen, wollen diese mit ihnen leben.

Aus dieser Spannung heraus, in der es natürlich viele Zwischentöne gibt, erklären sich die unterschiedlichen Vorstellungen über eine zukünftige Zusammenarbeit im Weltkommunismus.

1. „Neue Einheit“ in der kommunistischen Weltbewegung

Ohne Umschweife verwerfen die Autonomisten die sowjetischen Bestrebungen, die Diver-

⁷⁾ M. Svoboda, *Tvorba* 33 (19. 8. 1970). Offiziell wird natürlich die Existenz einer solchen „Doktrin der beschränkten Souveränität“ bestritten; zuletzt bei V. Korionov, *Pravda* vom 27. 8. 1971, S. 4.

genzen in der kommunistischen Weltbewegung aufzufangen durch Konzessionen an die innenpolitisch-taktischen Erfordernisse der Einzelparteien sowie durch gewisse Umformungen und Auflockerungen der internationalen Organisationsstruktur — Bestrebungen, die ihrer Ansicht nach letztlich darauf hinauslaufen, das überkommene Beziehungsmodell im Weltkommunismus in der Substanz zu erhalten und diesem auch weiterhin den Stempel der Uniformität und des Monolithismus aufzudrücken.

Gewiß sind die Motive der Autonomisten durchaus unterschiedlich: Die Rumänen sehen in dem Modell der „neuen Einheit“ ein Vehikel ihrer Emanzipationsbemühungen innerhalb des östlichen Paktsystems, die Kubaner wollen loskommen von dem sowjetischen Revolutionsmodell, das ihrer Ansicht nach nicht für lateinamerikanische Verhältnisse taugt; die Italiener schließlich wollen um ihrer nationalen Glaubwürdigkeit willen die internationalen Beziehungen mit ihren nationalpolitischen Zielvorstellungen in Einklang bringen: mit der „pluralistischen Vision einer sozialistischen Gesellschaft, in der es keinen Platz für eine Staatsideologie geben darf“⁸⁾. Wichtig in unserem Zusammenhang ist jedoch nicht die unterschiedliche Motivierung der Opposition gegen die sowjetischen Modellvorstellungen, sondern die Konstituierung einer relativ geschlossenen Oppositionsfront überhaupt, deren Partner sich gegenseitig die Bälle zuspielen.

Plötzlich aufbrechende, scheinbar unerklärliche Krisen innerhalb des sozialistischen Lagers, vor allem aber die heftige sowjetisch-chinesische Konfrontation während und nach dem zweiten roten Gipfeltreffen von 1960, waren für die Autonomisten ein Trauma und zugleich eine Herausforderung, Schluß zu machen mit jeglicher Form einer fiktiven Einheit. Qualitativ neue Beziehungen zwischen autonomen Parteien sollten eine „neue Einheit“ begründen — eine Einheit, die, mit IKP-Chef Longo zu sprechen, „das Resultat freier Erörterung und freier Einwilligung ist und ohne jegliche Einmischung und Pression zustande gekommen sein muß“⁹⁾.

⁸⁾ IKP-Politbüromitglied Carlo Galluzzi in: *Die Neue Gesellschaft*, 3/1970, S. 250; ähnlich der Generalsekretär der spanischen KP, Santiago Carrillo, in einem *Le Monde*-Interview, *Le Monde* 4. 11. 1970, S. 4.

⁹⁾ Rede auf dem 12. Parteitag der IKP, *l'Unità* 9. 2. 1969, S. 7.

Diese Forderung nach freier Erörterung zog zwangsläufig eine Diskussion über eine Reihe miteinander verzahnter ideologischer, politischer und organisatorischer Probleme nach sich: Probleme der Mitbestimmung der Einzelparteien, der Konfliktlösung, der Demokratisierung der Entscheidungsprozesse sowie der zukünftigen Leitungsmethoden.

2. Mitbestimmung der Einzelparteien

Schon an dieser Stelle sei gesagt, daß die Autonomisten durchaus bereit sind, auch weiterhin in der kommunistischen Weltbewegung mitzuarbeiten — unter einer Voraussetzung allerdings: daß ihnen die KPdSU ein Recht auf gleichberechtigte Mitbestimmung einräumt.

Bei dieser Forderung gehen die Autonomisten von der Erfahrung aus, daß wichtige Entscheidungen regierender Bruderparteien oft prinzipielle Bedeutung für die Gesamtbewegung haben und die innenpolitische Strategie und Taktik der Einzelparteien mitunter sehr negativ beeinflussen — als jüngstes Beispiel erwähnten sie die Intervention der fünf Kernstaaten des Warschauer Pakts in der ČSSR. Um derartige Konflikte zukünftig unter Berücksichtigung der Interessen sämtlicher direkt oder indirekt beteiligter Parteien zu regeln, plädieren sie für eine vertrauensvoll-sachliche, gleichsam obligatorische Zusammenarbeit. So, wie jede Partei Pflichten vor der internationalen Bewegung habe, müsse ihr auch das Recht zustehen, über alle die Gesamtheit betreffenden Fragen informiert und konsultiert zu werden. Unter dem Schock der Intervention taten selbst die sonst eher den Traditionalisten zuneigenden Franzosen einen mutigen Schritt nach vorn: Der Internationalismus verlange, so Politbüromitglied Gaston Plissonnier, „daß sämtliche interessierte Parteien gemeinsam eine gegebene Situation prüfen, kollektiv die Entscheidung erarbeiten und an der gemeinsamen Aktion teilnehmen“¹⁰⁾.

Bislang konnten die Divergenzen in dieser Frage aber nicht überwunden werden. Gewiß, gelegentlich räumt auch die KPdSU ein, daß niemand als Alleinvertreter internationaler Interessen auftreten könne, daß folglich „nur eine kollektive Entscheidung der Fragen unter Teilnahme aller interessierten Länder möglich“ sei und daß in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern (also wohl auch

zur KPdSU) „keine Verletzung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ vorliege, „wenn eine solche Meinung geäußert“ werde¹¹⁾.

Die Erfahrung zeigt jedoch, daß die Traditionalisten ein derartiges Recht auf Kritik und Mitbestimmung einseitig auslegen und nur dann gelten lassen wollen, wenn sie die eigenen Interessen gefährdet glauben — gefährdet vor allem durch „revisionistische Abweichungen“. In einem solchen Falle, schrieb der sowjetische Ideologe Shilin, entstehe eine „besonders schwierige, um nicht zu sagen delicate Situation“, die keinerlei Kompromisse zulasse, denn „die Praxis zeigte, daß der Revisionismus sich in der Regel nicht auf Versuche beschränkt, die Strategie und Taktik der Parteien sowie die Prinzipien ihrer Organisation zu verändern. Er richtet seine Angriffe unermüdlich auf die gemeinsam ausgearbeiteten Einschätzungen und Schlußfolgerungen der gesamten kommunistischen Bewegung. Und wenn er eine Abfuhr nicht auf nationaler Ebene erhält, so sind die anderen marxistisch-leninistischen Parteien berechtigt, ihre prinzipiellen Positionen und ihre internationale Strategie zu verteidigen.“¹²⁾

Die ČSSR-Krise enthüllte vollends die Widersprüchlichkeit, ja Doppelzüngigkeit der sowjetischen Konzeption: Hatte der Krenl vor der Intervention verlauten lassen, die Prager Reformmaßnahmen müßten *alle* Kommunisten beunruhigen und auf Gegenmaßnahmen sinnen lassen, so argumentierte der neue KPČ-Chef Gustav Husak auf der Weltkonferenz vom Juni 1969, also fast ein Jahr *nach* dem Einmarsch, genau umgekehrt: Unter dem Beifall der Traditionalisten verbat er sich jegliche Diskussion über die durch die Intervention entstandene Lage als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes sowie als unqualifizierten Vorgriff auf eine eigene fundierte Analyse (die dann im Dezember 1970 erstellt wurde und die volle sowjetische Zustimmung fand). Auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU schließlich, nach dem äußerlichen Erfolg der Politik der „Normalisierung“, verkündeten Breshnew und Husak wieder offen ihre als einzig korrekt ausgegebene Version der tschechoslowakischen Krise.

Eins wird aus alledem deutlich: Für eine echte Kritik, ohne die nach Ansicht der Autonomi-

¹¹⁾ P. Alampiev, Neue Zeit 8 (24. 2. 1970), S. 23.

¹²⁾ Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija 9 (1970), S. 16 f.

¹⁰⁾ L'Humanité, 23. 10. 1968, S. 10.

sten weder eine substantielle Mitbestimmung vorstellbar noch eine glaubwürdige und konsequente nationale Politik realisierbar ist, bringen die Traditionalisten wenig Verständnis auf. Sie orientieren sich weiterhin an einer politischen Leitlinie, die der damalige polnische Parteichef Gomulka auf dem V. Kongreß seiner Partei so umschrieb: „Jede kommunistische Partei in den kapitalistischen Ländern läßt sich von einer bestimmten Strategie und Taktik leiten, die sich aus den Bedingungen ergibt, unter denen sie wirkt. Sie können jedoch nicht von den Bruderparteien, die an der Macht sind und die die unmittelbare Verantwortung für die Entwicklung und die Macht des gesamten sozialistischen Systems tragen, verlangen, daß sie ihren politischen Kurs der gerade aktuellen Politik der kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern anpassen.“¹³⁾

Interessendivergenzen werden von den Traditionalisten auf subjektive Fehler und Mängel ihrer Kritiker reduziert: auf das verstärkte Eindringen kleinbürgerlich-nationalistischer Elemente in die betreffenden Parteien und Parteiführungen, auf die — durch bürgerlichen und revisionistischen Druck hervorgerufene — trügerische Taktik, kurzfristige innenpolitische Erfolge auf Kosten langfristiger Perspektiven der Gesamtbewegung zu suchen, schließlich überhaupt auf ein Abweichen von der korrekten Linie des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

3. Probleme der Konfliktlösung

Hier wird sichtbar, daß die Divergenzen zwischen Traditionalisten und Autonomisten letztlich in einem unterschiedlichen Verständnis der gemeinsamen marxistischen Lehre wurzeln: Während jene sich auf die angeblich unfehlbaren Prinzipien eines kanonisierten Marxismus-Leninismus berufen, wollen diese den Marxismus nur noch als eine kritische Methode zur Analyse der Wirklichkeit und als eine Anleitung zum Handeln gelten lassen; während jene die zwischenparteilichen Divergenzen als Abweichungen von den universellen Prinzipien und den allgemeinen Gesetzen eines wissenschaftlichen Sozialismus ansehen, beginnen diese zu zweifeln, ob der Marxismus überhaupt die Formulierung allgemeinverbindlicher, wissenschaftlich unangreifbarer Dokumente erlaubt.

¹³⁾ Pravda, 12. 11. 1968, S. 4.

Angesichts derart gravierender Meinungsunterschiede in ideologisch-politischen Grundsatzen verwundert es nicht, daß die Antworten auf die Frage, wie Konflikte innerhalb der kommunistischen Weltbewegung ausgeglichen und gelöst werden sollen, höchst unterschiedlich ausfallen.

Auf der einen Seite die Traditionalisten. Befangen in ihrer Fiktion einer heilen Welt des Sozialismus, sind sie, wie wir sahen, noch nicht einmal bereit, eine wichtige Voraussetzung für die Lösung von Konflikten zu akzeptieren: sich einer allseitigen Kritik zu stellen und sie womöglich zum Anlaß eigenen Umdenkens zu nehmen. Im Gegenteil: Sie scheuen sich nicht, alle ernsthafte Kritik seitens der Autonomisten als antikommunistisch und — da sich ja die KPdSU als Hüterin kommunistischer Orthodoxie versteht — als antisowjetisch zu diskreditieren¹⁴⁾. Verlorengegangen ist mit der Zeit der Wille (und wohl auch die Fähigkeit), nichtkonforme Ansichten im eigenen Lager als autonom gewachsen anzusehen und zu akzeptieren: Derlei Ketzereien können nach Ansicht der Traditionalisten nur von außen, von bürgerlich-revisionistischen Kreisen, gesteuert sein. Kampf bis zum endgültigen Sieg, nicht Diskussion wird als Gegengift empfohlen.

Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Indem man alle Schwierigkeiten im eigenen Lager verschleierte oder dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie zuschreibt, verliert man bei Freund und Feind an Glaubwürdigkeit und Autorität (Berlinguer in Moskau: „Heute würde uns auch niemand glauben, daß wir in allem übereinstimmen“) und vertieft letztlich die Gräben, statt sie zuzuschütten.

Auf der anderen Seite die Autonomisten. Von den durch ihre schwierige Balance zwischen Moskau und Peking zur Zurückhaltung gezwungenen Rumänen abgesehen, ist es für sie eine Prinzipienfrage, alle im Weltkommunismus aufkommenden Schwierigkeiten kritisch zu analysieren — nicht ausgeschlossen solche, die in den Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten auftreten. Vorüber sei die Phase, da die Sowjetunion als Kern der Weltrevolution um jeden Preis — auch um den Preis kritikloser Zustimmung zu allen ihren Maßnahmen — habe verteidigt werden müssen. Heute sei es an der Zeit, sich auf die leninschen Prinzipien revolutionärer Kritik zu besinnen.

¹⁴⁾ Beispiele: Meždunarodnaja žisn '7 (1969), S. 9 (ungezeichnet), sowie V. Razmerov, ebenda 3 (1970), S. 92.

Nachdrücklich forderte der Generalsekretär der KP Spaniens, Santiago Carrillo, der „kommunistischen Kritik und Selbstkritik“ als „notwendigen Grundelementen unserer Bewegung“ wieder Geltung zu verschaffen¹⁵⁾. Niemand habe, so Longo, „die Wahrheit für sich gepachtet“¹⁶⁾ oder könne, wie es der rumänische Parteichef Ceaucescu ausdrückte, „Anspruch darauf erheben, den Zauberschlüssel zu dem Kästchen zu besitzen, das die Antworten auf alle Fragen enthält“¹⁷⁾. Jeder Versuch, Differenzen „durch ‚Abweichungen‘ von der reinen Lehre zu erklären“, führt nach Ansicht Berlinguers nur zu ihrer Verschärfung und versperrt „den Weg zum Verstehen der objektiven Ursachen und realen Interessen . . . , denen sie entspringen“¹⁸⁾. Juan Diz, Mitglied des Exekutivkomitees der KP Spaniens, versicherte sogar die Leser der normalerweise höchst moskaukonform redigierten „Probleme des Friedens und des Sozialismus“¹⁹⁾, als er schrieb: „Aber der Marxismus-Leninismus als Wissenschaft besitzt keine ‚heilige Inquisition‘, die die ‚Reinheit‘ bestimmt . . . Das einzig wirkliche Kriterium für wissenschaftliche und revolutionäre marxistisch-leninistische Ideen ist die revolutionäre Praxis und die Vorwärtsentwicklung der Revolution . . . Wir haben das Beispiel Lenins vor Augen, der selbst in Augenblicken, die für den gerade entstandenen Sowjetstaat sehr gefährlich waren, kühn auf breite ideologische Diskussion ausging, die eine scharfe Kritik an bestimmten Aspekten der sozialistischen Wirklichkeit enthielten. Lenin war dabei überzeugt, daß diese Diskussionen zur Durchsetzung und Festigung des Sozialismus beitragen.“

Die Autonomisten verlangen, daß die Differenzen ausdrücklich als natürliche Konsequenzen aus den Unterschieden zwischen den Einzelparteien anerkannt werden. Dies sei kein Zeichen der Schwäche, sondern der Stärke der Bewegung. Den Traditionalisten werfen sie vor, eine derartige kritische Analyse im Weltkommunismus zu verhindern und den Parteisprechern statt dessen nur die Wahl zu lassen zwischen einer „rein formalen, diplomatischen Diskussion oder aber Beschimpfungen und gegenseitigen Exkommunizierungen“²⁰⁾.

¹⁵⁾ „Internationale Beratung . . .“, a. a. O., S. 452; ähnlich Longo, *l'Unità*, 28. 5. 1969, S. 8.

¹⁶⁾ Rede auf dem 12. Parteitag der IKP, a. a. O., S. 8.

¹⁷⁾ „Internationale Beratung . . .“, a. a. O., S. 323.

¹⁸⁾ Ebenda, S. 478.

¹⁹⁾ Nr. 3 (1970), S. 317.

²⁰⁾ Berlinguer auf dem 12. Parteitag der IKP, *l'Unità*, 16. 2. 1969, S. 3.

4. Demokratisierung der Entscheidungsprozesse

Hiermit sind bereits einige methodische Elemente angedeutet, durch die die Autonomisten versuchen wollen, zumindest sich selbst auf multilateraler Ebene einen Freiheitsraum zu sichern, wenn es schon nicht gelingt, die KPdSU für das Konzept einer neuen „Einheit in der Vielfalt“ zu gewinnen. Diese eingeschränkte Zielsetzung hatte bemerkenswerte Teilerfolge zu verzeichnen: Nach Abschluß der Moskauer Weltkonferenz konnte man in der Tat „nur darüber staunen, wie viele der Ende 1967 von Longo vorgetragene italienischen Forderungen ganz oder teilweise verwirklicht worden sind“²¹⁾.

Das bezog sich zunächst auf die Forderung, den Debatten ein Höchstmaß an Publizität zu verleihen. Nur so könne, meinte Longo 1967, „die innere Dialektik der kommunistischen Weltbewegung zur Geltung und zur Wirkung“ gebracht und „jede Stellungnahme dem Urteil der Bewegung selbst und der öffentlichen Meinung“ unterworfen werden²²⁾. Noch präziser formulierte der damalige ZK-Sektionsleiter für Auslandsbeziehungen, Carlo Galluzzi: erst öffentliche Konfrontation der Standpunkte schaffe die Voraussetzungen, um „Deformationen und Manipulationen wirksamer zu bekämpfen“ und „den echt demokratischen Charakter unserer Diskussion, die wirkliche Tragweite unserer Divergenzen und den unsere Bewegung beseelenden Geist und einheitlichen Willen besser in Erscheinung treten zu lassen“²³⁾.

In den Klartext übersetzt, hieß das zweierlei: Auf der einen Seite wollten die Autonomisten möglichen internen Pressions- und Verschleierversuchen des sowjetischen Lagers durch eine vorsorgliche Durchsetzung des Öffentlichkeitsprinzips rechtzeitig vorbeugen; auf der anderen Seite erwarteten sie, daß eine Distanzierung von einigen ideologisch-politischen Vorstellungen Moskaus, aller Welt kundgetan, als demonstrativer Beweis der Eigenständigkeit nicht ohne Eindruck auf Wähler und innenpolitische Bündnispartner bleiben werde. Die Traditionalisten hatten sich seit Jahrzehnten — zuletzt während der Weltkonferenzen von 1957 und 1960 — so an den Stil lichtscheuer Geheimdiplomatie gewöhnt, daß es die Autonomisten nach eigenen Angaben harte

²¹⁾ W. Berner, *moderne Welt* 3 (1969), S. 290.

²²⁾ *Ost-Probleme* 25 (15. 12. 1967), S. 676.

²³⁾ *Rinascita* 25 (20. 6. 1969), S. 1.

Arbeit kostete, sie unter Hinweis auf die leninischen Traditionen öffentlicher Auseinandersetzung zum Einlenken zu bewegen. Diesmal konnte die Öffentlichkeit die Debatten sozusagen live verfolgen: Jeder Delegation stand es frei, ihre Beiträge zu publizieren und Pressekonferenzen zu veranstalten.

Einen weiteren Erfolg sahen die Autonomisten darin, daß die Abschlüßdokumente diesmal nicht, wie noch 1957 und 1960, auf geheimen Vorberatungen und ohne echte Konsultation der Bruderparteien im wesentlichen von der KPdSU (damals noch — mehr schlecht als recht — in Zusammenarbeit mit den Chinesen) verfaßt wurden: Diesmal konstituierte man ein mehrstufiges System von Redaktions- und Vorbereitungskomitees, die die Aufgabe hatten, gemeinsam mit den Zentralkomitees der Einzelparteien ein möglichst allseitig akzeptables Abschlüßdokument auszuarbeiten. Sämtliche Parteien waren berechtigt, an den Sitzungen der Vorbereitungsgremien teilzunehmen und Vorschläge zu unterbreiten.

Weniger erfolgreich waren die Autonomisten in der Auseinandersetzung über zwei wichtige, eng verzahnte organisationspolitische Probleme: Einerseits über die schon von Togliatti aufgeworfene Grundsatzfrage, ob kommunistische Weltkonferenzen nicht überhaupt den Erfordernissen der Einzelparteien und der Gesamtbewegung eher schaden als nützen; andererseits über die engere Frage, ob solche Konferenzen — gesetzt den Fall, sie fänden als neue Organisationsformen des Weltkommunismus allgemeine Anerkennung — auch in Zukunft ideologisch-politische Abschlüßdokumente ausarbeiten sollten, und wenn ja, welche Verbindlichkeit ihnen für die Politik der Einzelparteien beizumessen sei. In jedem Fall hätte ein sowjetischer Verzicht leicht als eine Grundsatzkonzession an die Konzeption der Autonomisten gedeutet werden können: Jedermann wußte, daß sich hinter diesen organisationspolitischen Kontroversen tiefe ideologische Divergenzen verbargen.

Aus dieser Erwägung heraus will der Traditionalistenflügel auch zukünftig nicht auf umfassende Kommunistenforen verzichten, wie sie, gleichsam als den aktuellen Bedingungen angepaßter Ersatz für die aufgelöste Internationale, in den Jahren 1957, 1960 und 1969 jeweils in Moskau zusammentraten. Auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU vom März/April 1971 sprach sich ihr Generalsekretär Breshnew dafür aus, solche internationale Treffen „fest in die Praxis der kommunistischen Weltbewe-

gung eingehen“ zu lassen²⁴⁾ — eine Formulierung übrigens, die der neue SED-Chef Honecker auf dem VIII. Kongreß seiner Partei vom Juni 1971 fast wörtlich übernahm²⁵⁾.

Gerade diese Kontinuitätsthese aber weckte den Argwohn der Autonomisten gegenüber derlei umfassenden Kommunistenkonferenzen. Von vornherein suchten sie Tendenzen abzuwehren, die darauf hinauslaufen, anachronistische Leitungsorgane mit Richtlinienkompetenzen in neuem Gewande aufzupolieren — Richtlinien, die, wie die Erfahrungen von 1960 und 1969 zeigen, von den Traditionalisten einseitig ausgelegt und als Disziplinierungsinstrument benutzt werden können. Sie plädieren statt dessen, in Anlehnung an Togliattis Konzept von 1964, für zwanglose *Ad-hoc*-Konferenzen (auch auf regionaler Ebene) über Fragen der Theorie und Ideologie, der Außenpolitik und des antiimperialistischen Kampfes. Diese Vorschläge laufen letztlich darauf hinaus, umfassende Treffen ausschließlich zur Beratung gemeinsamer konkreter antiimperialistischer Aktionen einzuberufen und die tiefgreifenden ideologischen Divergenzen dadurch zu entschärfen, daß man sie bei multilateralen Kommunistenkonferenzen ausklammert und Spezialistenzirkeln überläßt.

Auf dem Moskauer Welttreffen von 1969 ließen schließlich beide Seiten von ihren Maximalforderungen ab. Die KPdSU verzichtete auf die Reaktivierung traditioneller Organisationsformen und Leitungsmethoden, wie sie einige moskautreue Delegationsleiter, sicher nicht ohne sowjetisches Zureden, noch einmal vorgeschlagen hatten. Ausdrücklich sprach sie sich (durch den Mund ihres Generalsekretärs Breshnew) für Regional- und Spezialkonferenzen mit eingegrenzter Thematik aus und willigte sogar ein, die Endfassung des Moskauer Hauptdokuments um den folgenden Passus zu ergänzen: „Heute, da in der kommunistischen Weltbewegung kein leitendes Zentrum besteht, nimmt insbesondere die Bedeutung der freiwilligen Koordinierung ihrer Aktionen im Interesse der erfolgreichen Lösung der vor ihnen stehenden Aufgaben zu.“²⁶⁾

Als Gegenleistung enthielten sich die Autonomisten jeglicher Polemik gegen mögliche weitere kommunistische Weltkonferenzen und stimmten der Formel des Schlußkommuniqués zu, in der u. a. die „Durchführung — je nach

²⁴⁾ Pravda, 31. 3. 1971, S. 3.

²⁵⁾ Neues Deutschland, 16. 6. 1971, S. 9.

²⁶⁾ „Internationale Beratung...“, a. a. O., S. 43.

Notwendigkeit — von internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien“ befürwortet wurde²⁷⁾.

Auch die Verabschiedung des Abschlusddokuments war für die Traditionalisten nur ein Teilgewinn. Zwar hatten sie ihr Konzept im Prinzip durchgesetzt: eine gewisse Kontinuität zu den Konferenzen von 1957 und 1960 zu wahren und sich damit für die Zukunft alle Möglichkeiten offenzuhalten. Gleichzeitig aber konnten die Autonomisten dieses Prinzip faktisch dadurch unterlaufen, daß der Traditionalistenflügel die Vorbedingung Longos hinnahm, wonach „es jeder Partei überlassen bleibt, eventuell kollektiv erarbeitete und gebilligte Beschlüsse nicht oder nur teilweise oder mit Vorbehalt zu akzeptieren, ohne daß dadurch die Beziehungen zwischen den einzelnen Parteien eine Veränderung erfahren.“²⁸⁾

In Moskau lehnten drei der 75 anwesenden Parteien eine Unterzeichnung des Abschlusddokuments überhaupt ab (die dominikanische sowie die ohnehin nur als Beobachter vertretene schwedische und kubanische KP). Vier weitere Parteien, die Australier, die Italiener sowie die Parteien von San Marino und Réunion, unterschrieben nur den Teil des Dokuments, der sich mit dem konkreten Programm des antiimperialistischen Kampfes befaßte.

Praktisch war damit die Frage, ob das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ Anwendung auch auf der Ebene multilateraler Kommunistenkonferenzen finden dürfe, zugunsten der Autonomisten entschieden worden.

Die sowjetischen Traditionalisten, die sich bei derartigen Beratungen noch immer auf eine

zahlreiche Klientel zum Teil mikroskopisch kleiner Parteien stützen und den Rest der Teilnehmer majorisieren können, bejahen die Frage: es sei undemokratisch, wenn eine Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwingt. Dementsprechend wurde über die endgültigen Formulierungen des Moskauer Abschlusddokuments durch Mehrheitsbeschluß entschieden, soweit man sich nicht in einem Kompromiß traf.

Die Autonomisten ihrerseits sahen in der Übertragung des Prinzips des „demokratischen Zentralismus“ von der innerparteilichen Ebene auf die internationalen Beziehungen keineswegs nur eine Verfahrensfrage, sondern einen unzulässigen Eingriff in ihre autonome politische Entscheidungsbefugnis. In der Tat: Welchen Sinn sollten Abstimmungen über Probleme haben, die in der Diskussion kontrovers geblieben waren? Vielleicht auch erinnerten sich einige unter den Autonomisten an die heftigen Polemiken der Chinesen gegen die sowjetische Sicht der Frage Mehrheit-Minderheit²⁹⁾. Die KP Spaniens jedenfalls fühlte sich als „ein untrennbarer Bestandteil der kommunistischen Bewegung“ und war „niemals dazu bereit, als Minderheit zu gelten“³⁰⁾. Noch klarer formulierte der britische KP-Chef John Gollan: „Wenn es bei einem Punkt eine Mehrheit gäbe, könnte die Minderheit nicht erwarten, daß diese Mehrheit ihren Standpunkt aufgibt. Genauso kann man nicht erwarten, daß die Minderheit ihren Standpunkt zugunsten der Mehrheit aufgibt. Deshalb ist die Zustimmung und nicht die Abstimmung die Methode, die wir gewählt haben.“³¹⁾

IV. Perspektiven und Prognosen

Angesichts der geschilderten Gegensätze der ideologischen, politischen und organisatorischen Konzeptionen soll nunmehr die eingangs gestellte Frage aufgegriffen werden, ob und inwieweit die kommunistische Weltbewegung, durch das Ausscheiden des prochinesischen und das Beiseitestehen der neutralistischen Parteien (beispielsweise der Niederlande, Islands, bis vor kurzem auch Japans) ohnehin geschwächt, in Zukunft zusammenarbeiten wird.

Wiederum waren es die Italiener, die als erste ein neues Rezept erdachten, um dem Weltkommunismus seine schon fast verlorene Schwungkraft zurückzugeben: Sie schlugen vor, statt einer Neuauflage eines Kommunistentreffens lieber eine Weltkonferenz aller fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte zu veranstalten.

²⁷⁾ Ebenda, S. 11.

²⁸⁾ Ost-Probleme, 25 (15. 12. 1967), S. 676; ähnlich Berlinguer in seinem Schlußwort auf der Moskauer Weltkonferenz, l'Unità, 17. 6. 1969, S. 12.

²⁹⁾ Vgl. den Siebten Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (4. 2. 1964), in: Die Polemik über die neue Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 375 ff.

³⁰⁾ „Internationale Beratung...“, a. a. O., S. 453.

³¹⁾ Ebenda, S. 608 f.

1. Öffnung der kommunistischen Weltbewegung

Bei diesem Vorschlag gingen die Italiener von der Erkenntnis aus, daß einerseits ideologische Differenzen im „antiimperialistischen Kampf“ heute zunehmend an Gewicht verlieren, während sich andererseits nichtkommunistische Revolutionäre und Reformkräfte oftmals „durch autonome Prozesse ... außerhalb unserer Tradition und unseres direkten Einflusses“ zum Sozialismus hin entwickeln³²⁾. Sie hielten daher eine künstliche Trennung der „antiimperialistischen Bewegung“ in einen inneren (kommunistische Parteien) und einen äußeren Kreis (nichtkommunistische Kräfte) für provinziell und schädlich: Die Grenzen des Sozialismus seien nicht mehr identisch mit denen der sozialistischen Länder. Der Weltkommunismus könne heute „nicht mehr als eine in sich geschlossene Bewegung angesehen werden, die sich nur auf die Verteidigung ihrer Eroberungen beschränkt ...“, sondern sie muß sich bewußt sein, neue Aktionsräume und neue Grenzen vor sich zu haben, sie muß Anregungen aufnehmen, die von neuen Kräften in der ganzen Welt auf verschiedenen Wegen auf sie zukommen und die sich den Idealen des Sozialismus nähern. Dies ist der Weg, auf dem die kommunistische Bewegung ihre historische Mission erfüllen kann.“³³⁾

Diese Anregung fand bei den Traditionalisten nur wenig Anklang: umfassende Bündnisse könne nur der schließen, der selber auf festen, prinzipiellen Grundlagen stehe³⁴⁾. Auch blieb ihnen nicht verborgen, daß die Autonomisten, wäre man auf ihren Vorschlag eingegangen, auf diesem Umweg die Beratung und Verabschiedung ideologisch-politischer Leitlinien vereitelt und ihr Ziel erreicht hätten, sich auf die Ausarbeitung konkreter antiimperialistischer Aktionsplattformen zu beschränken. Nicht zufällig sah sich Berlinguer in Moskau dem Vorwurf ausgesetzt, die IKP sei auf einen „prinzipienlosen Pragmatismus und Empirismus“ abgeglitten und wolle „die Rolle der kommunistischen Parteien innerhalb der umfassenderen Bewegung der antiimperialistischen, demokratischen und friedliebenden Kräfte herabmindern oder aufheben“.³⁵⁾

³²⁾ IKP-Politbüromitglied Pietro Ingrao in der Festschrift zum 70. Geburtstag Longos: *Il Compagno Longo*, Rom 1970, S. 74.

³³⁾ *l'Unità*-Chefreporter Giuseppe Boffa, *l'Unità*, 19. 6. 1969, S. 2.

³⁴⁾ So Erich Honecker, damals Politbüromitglied, heute Erster Sekretär des ZK der SED, in: *Neues Deutschland*, 29. 2. 1968, S. 5.

³⁵⁾ *l'Unità*, 17. 6. 1969, S. 12.

Das ist sicher falsch, da die IKP wie auf nationaler, so auch auf internationaler Ebene nach wie vor der Gramsci-Formel von der Hegemoniefunktion der Kommunisten Gültigkeit beimißt. Es spricht sogar einiges dafür, daß sich das italienische Konzept gegen die Bremsversuche der Traditionalisten durchsetzt: Weniger wegen des Faktums, daß die Kommunistenkonferenz am Ende grundsätzlich für ein umfassendes antiimperialistisches Treffen votierte, als deshalb, weil die KPdSU die Maschinerie der Weltkonferenz überhaupt nur mit der eingeschränkten Zielsetzung der „antiimperialistischen Aktionseinheit“ hatte ankurbeln können und nur dieser Punkt die nahezu einhellige Zustimmung der Teilnehmer fand.

2. Die Rolle der KPdSU

Ungeachtet all der geschilderten tiefgreifenden Divergenzen jedoch würden der KPdSU in dieser um mancherlei nichtkommunistische Kräfte erweiterten „Einheit in der Vielfalt“ nach Ansicht auch der Autonomisten nach wie vor Führungsaufgaben zufallen: aufgrund der politischen Macht und des überragenden wirtschaftlichen und militärischen Potentials der Sowjetunion, aber nicht zuletzt auch aufgrund der Vergangenheit der KPdSU als Keimzelle der Weltrevolution.

Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die KPdSU daraus nicht nur Rechte und Privilegien ableitet und die Haltung der Einzelparteien zum Krenl als Kriterium für die Treue zum Marxismus-Leninismus deklariert, sondern daß sie auch die aus dieser Sonderstellung erwachsenden Pflichten ernst nimmt und aufhört, in jedem Falle die sowjetische Staatsräson mit dem Interesse der Gesamtbewegung zu identifizieren (wie es ihnen beispielsweise die australischen Kommunisten offen vorwerfen).

Unter dieser Bedingung stimmen die Autonomisten Moskauer Auffassungen zu, wie sie ein sowjetischer Autor folgendermaßen umschrieb: „Die KPdSU vertrat auf der Moskauer Beratung ihren Standpunkt als eine Partei unter anderen Parteien, zugleich wurde sie aber auch wiederholt als die erste Partei unter gleichen — als *Primum inter pares* — bezeichnet, da sie als der erfolgreiche Pionier des neuen gesellschaftlichen Systems und als regierende Partei einer Weltmacht größere Verpflichtungen und höhere Verantwortung trägt.“³⁶⁾

³⁶⁾ F. Breus, *Sowjetunion heute*, 14 (16. 7. 1969), S. 8. Vgl. auch den Gomulka-Toast auf die KPdSU nach Abschluß der Moskauer Weltkonferenz, *Pravda*, 18. 6. 1969, S. 2.

Bislang jedoch machten der Kreml und seine Gefolgschaft faktisch noch keine Anstalten, sich mit dem von den Autonomisten vorgeschlagenen Modell der Zusammenarbeit im Weltkommunismus anzufreunden. Sie denunzieren im Gegenteil die Vorstellungen einer Autonomie und eines neuen Internationalismus auch weiterhin als opportunistisch, antisowjetisch und spalterisch. In diesem Sinne schrieb der Ostberliner Ideologe Harald Neubert vor kurzem in bewußter polemischer Umdeutung autonomistischer Konzeptionen, es gebe „unter-einigen Kommunisten Westeuropas auch Bestrebungen, ihren Kampf losgelöst von objektiv existierenden internationalen Faktoren zu führen. Mit Lösungen von einer notwendigen ‚Autonomie‘, von der Überwindung der ‚Logik der Blöcke‘ usw. will man dem Zwang der Logik des internationalen Klassenkampfes zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Weltssystem aus dem Wege gehen ... Revisionistische Kräfte in der westeuropäischen Arbeiterbewegung verfolgen offen das Ziel, die Aktionen der Werktätigen in ihren Ländern vom Kampf der sozialistischen Staaten gegen den Imperialismus zu trennen ...“

Die ‚Unabhängigkeit‘ einer revolutionären Bewegung oder Partei von den anderen revolutionären Kräften, das heißt, die ‚Autonomie‘ zu verwirklichen, bedeutet in erster Linie, sich selbst zu schaden, sich von den internationalen Bündniskräften, derer man bedarf, zu lösen und sich im nationalen Kampf gegen einen international organisierten Feind zu entwandeln.“³⁷⁾

Die unterschiedlichen Vorstellungen sind deutlich: Der Autonomist Berlinguer machte auf der Moskauer Weltkonferenz keinen Hehl daraus, daß er die Ausformung unterschiedlicher Sozialismusmodelle in der internationalen kommunistischen Bewegung für notwendig und wünschenswert hält. Der weißrussische KP-Chef Masherow hingegen bezeichnete auf dem XXIV. KPdSU-Parteitag die Verfechter eines, wie er es nannte, „pluralistischen Marxismus“ und einer „Vielfalt nationaler Modelle des Sozialismus“ als ausgemachte Antikommunisten und Antisowjetisten — eine Etikettierung, die nach Ansicht der jugoslawischen Bruderpartei nicht nur auf die IKP zugeschnitten war, son-

dern auf all jene westeuropäischen kommunistischen Parteien, die dem Kreml eine bedingungslose Gefolgschaftstreue verweigern³⁸⁾.

3. Erosion oder Transformation?

Angesichts dieser Divergenzen ist die im Westen oft gestellte Frage berechtigt, weshalb die Autonomisten überhaupt noch an ihren internationalen Bindungen festhalten, und ob sie nicht eines Tages aus dem — letztlich von der KPdSU organisierten — Parteiensystem ausbrechen werden.

Der zweite Teil der Frage ist eindeutig negativ zu beantworten, wie die Ausschlüsse derjenigen innerparteilichen Gruppierungen beweisen, die nach der ČSSR-Intervention auf ein distanzierteres Verhältnis zur KPdSU oder gar einen Bruch mit ihr drängten: die Manifesto-Gruppe in Italien, Garaudy in Frankreich, die Fischer-Marek-Sympathisanten in Österreich und die Petkoff-Anhänger in Venezuela. In dieser kritischen Phase der kommunistischen Weltbewegung erwies sich, „daß man auf beiden Seiten realistisch genug war, die unmittelbare Konfrontation zu vermeiden, um dafür komplementäre, nicht unbedingt gegensätzliche Vorstellungen zu verwirklichen“³⁹⁾.

Die KPdSU möchte auf die erweiterten politischen Möglichkeiten nicht verzichten, über die sie als Führungsmacht im Weltkommunismus verfügt. Auf der Seite der Autonomisten spricht ein ganzes Bündel innerparteilicher sowie innen- und außenpolitischer Gründe gegen einen formellen Bruch. Zunächst: Die KPdSU würde in einem solchen Falle kaum zögern, sich über die Köpfe der abtrünnigen Führung hinweg direkt an die Parteibasis und die mittleren Kader zu wenden, um die in diesen Kreisen noch stark ausgeprägten Bindungen an das Land und die Partei der Oktoberrevolution für sich zu mobilisieren und notfalls die Partei zu spalten. In Finnland, Italien und jüngst auch in Spanien war eine solche Taktik in Ansätzen zu beobachten. Weiterhin fürchten die Autonomisten, im Falle eines Bruchs mit sozialdemokratischen Reformparteien wechselt und links überholt zu werden.

³⁸⁾ „Internationale Beratung...“, a. a. O., S. 470, bzw. Pravda 1. 4. 1971, S. 6, und Radio Belgrad vom 31. 3. 1971. Zur sowjetischen Argumentation vgl. jetzt auch J. Sitkovski, Trügerisches Spiel mit „Modellen des Sozialismus“, in: Sowjetunion heute, Nr. 14/15 v. 1. 8. 1971, S. 18 f. und V. Midzew, Der Kampf gegen Revisionismus und Nationalismus, in: Agitator, Nr. 14, Moskau 1971, S. 6—9.

³⁷⁾ H. Neubert, Im Alleingang? Gefährlicher Irrtum!, horizont 31/5. Juliheft 1971, S. 8 f. Vgl. auch Meždunarodnaja žisn' 7 (1969), S. 9, sowie V. Razmerov, ebenda 3/1970, S. 93.

Schließlich spricht gegen einen Bruch die Tatsache, daß die Sowjetunion nach wie vor Symbol einer gemeinsamen revolutionären Vision ist und zudem seit Jahren die größten

materiellen Mittel für die Unterstützung revolutionärer Bewegungen zur Verfügung gestellt hat: in Vietnam, Kuba und anderen Teilen der Dritten Welt.

V. Die konkreten Aktionsformen

Aus all diesen Gründen haben Togliatti und Longo nie gezögert, den Fliehkräften in der kommunistischen Weltbewegung energisch entgegenzutreten. Auch Berlinguer wiederholte in Moskau, daß die IKP innenpolitische Bündnisse nicht zu Lasten der internationalistischen Solidarität schließen werde. Entscheidend sei nicht die Frage der Zugehörigkeit zur kommunistischen Weltbewegung — sie stehe außer Diskussion —, ausschlaggebend sei vielmehr, „wie wir an ihr teilnehmen“³⁹⁾.

Aus dieser Sicht hielten die Autonomisten eine Politik des passiven Beiseitestehens oder gar eines Bruchs mit den im Prinzip prosovjetschen Parteien für wenig nützlich. Sie entschlossen sich vielmehr, durch ihre Politik der kritischen Präsenz den Prozeß der Erneuerung anzuspornen, um das Parteiensystem nach ihren eigenen Vorstellungen zu verändern: Sie wollen die Transformation beschleunigen, um die Erosion zu verhindern.

Sieht man einmal ab von kommunistischen Heerschauen nach Art der Leninfestung vom April 1970 sowie dem XXIV. KPdSU-Parteitag vom März/April 1971, die nach dem Eingeständnis selbst eines relativ moskautreuen Kommunistenführers wie Georges Marchais (Stellvertreter der FKP-Chef) Grußadressen, nicht aber kritische Diskussionsbeiträge entgegennehmen sollen⁴¹⁾ —; sieht man ab von derlei rituellen und sterilen, propagandistischen Massentreffen kommunistischer Parteien, so konzentriert sich das Interesse in dieser Transformationsphase auf die Vielfalt der theoretischen und regionalen Kommunistenkonferenzen, die seit dem Juni 1969 veranstaltet wurden.

Faßt man dabei die Entwicklung zwischen dem zweiten und dritten Gipfeltreffen von 1960 bis 1969 ins Auge, so überraschen diese Spezialkonferenzen weniger durch ihre neuen Formen oder neuen Inhalte: Schon damals zeichnete sich eine regionale Differenzierung im Weltkommunismus ab, und hin und wieder gab es auch

Theorie-Debatten (veranstaltet vor allem von der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“). Auffallend ist vielmehr die zunehmende Häufung dieser Konferenzen: Bisweilen tagten sie im Abstand von nur wenigen Wochen.

Es ist schwer zu sagen, wer sich am entschiedensten als Konferenzpromotor engagierte. Wahrscheinlich entfalteten Autonomisten und Traditionalisten in etwa ein gleiches Maß an Initiative, rechnet man sämtliche Begegnungen zusammen.

Im einzelnen aber deuten Anzeichen darauf hin, daß die Autonomisten den Schwerpunkt eher auf die Regionalkonferenzen legten. Die Traditionalisten hingegen forcierten im allgemeinen die theoretisch-ideologische Debatte — ein Trend, der sich bereits mit der Verschärfung des ideologischen Kampfes seit 1968/69 (vgl. das Plenum des ZK der KPdSU vom April 1968) abgezeichnet hatte. In seinem Beschluß über die Ergebnisse der Weltkonferenz ging das ZK der KPdSU nur flüchtig auf die „allseitige Erweiterung der Verbindungen und Kontakte zwischen Bruderparteien“ ein, widmete dafür aber der Notwendigkeit „häufiger internationaler theoretischer Konferenzen und Seminare“ gleich einen ganzen Absatz⁴²⁾.

1. Theoretische Konferenzen

Ihren Beiträgen nach zu urteilen sah die KPdSU in den theoretischen Konferenzen ein geeignetes Mittel, den in Theorie und Praxis sich ausweitenden „Revisionismus“ linker (China) und rechter (Tschechoslowakei, Italien) Observanz unter Kontrolle zu bringen, die Verbindlichkeit der sowjetischen Marxismus-Leninismus-Interpretation zu unterstreichen sowie die „richtige“ Verbindung der nationalen und internationalen Momente zu verdeutlichen.

Soweit erkennbar, fand keine einzige dieser Konferenzen ohne Sowjetvertreter statt: Zu groß ist das Mißtrauen des Kreml gegenüber

³⁹⁾ W. Berner, *moderne Welt*, 3 (1969), S. 283.

⁴⁰⁾ „Internationale Beratung...“, a. a. O., S. 471.

⁴¹⁾ Interview in: *L'Humanité*, 2. 4. 1971, S. 2.

⁴²⁾ *Pravda*, 27. 6. 1969, S. 1. Zur Bedeutung der Theoriekonferenzen vgl. auch G. Powik, *Deutsche Außenpolitik*, 3/1971, S. 455 f.

den wachsenden Tendenzen im Weltkommunismus, eine „schöpferische Weiterentwicklung“ des Marxismus-Leninismus ohne oder gegen die KPdSU-Orthodoxie vorzunehmen. Tatsächlich war dem Kreml weniger an einer echten wissenschaftlichen Diskussion gelegen als an einer ideologischen Disziplinierung: Ein solcher Schluß drängt sich, von den Konferenzbeiträgen einmal ganz abgesehen, schon deshalb auf, weil die KPdSU auf den meisten Beratungen eine dominierende Rolle spielte und zumindest zu den wichtigsten Treffen nicht qualifizierte Theoretiker delegierte, sondern den für die Beziehungen zu den nicht-regierenden kommunistischen Parteien zuständigen ZK-Sekretär Boris Ponomarjow, der seine Karriere im Komintern-Apparat begonnen und dort bereits wichtige Funktionen bekleidet hatte. Allem Anschein nach war Ponomarjow überhaupt mit der Planung und der Koordinierung der Theoriekonferenzen betraut — eine Aufgabe, für die er als Vorsitzender der hinter den Kulissen der Weltkonferenz von 1969 Regie führenden Redaktionskommission die besten Voraussetzungen mitbrachte.

Bei näherem Zusehen zeigt sich aber noch eine weitere wichtige Änderung der sowjetischen Stoßrichtung auf dem Gebiete der Theorie. Bis zum Jahre 1969 hatte sich die Polemik des Traditionalistenflügels primär gegen die maotistische Ideologie gerichtet; die Moskauer Konferenz bildete einen gewissen Höhepunkt in der ideologischen Auseinandersetzung mit China. Diese Polemik trat jetzt in den Hintergrund, wie die Ansprache Breshnews auf dem XXIV. KPdSU-Parteitag sowie die Grußadressen der normalerweise antimaoistisch eingestellten Parteien jüngst im allgemeinen unterstrichen: Die kommunistische Weltbewegung hatte sich im wesentlichen immun gezeigt gegenüber dem linken Peking-Bazillus. Keineswegs unempfindlich aber erwies sie sich gegenüber dem rechten, tschechoslowakisch-italienischen Virus, der seine zersetzende Wirkung nach der Intervention in der ČSSR voll entfaltet und die kommunistische Weltbewegung in einen schlimmeren Fieberzustand versetzt hatte als vorher der Moskau-Peking-Konflikt. Die Konferenzserie über Probleme der führenden Rolle der Partei sowie über die Gefahren des Sozialdemokratismus im besonderen und des Nationalismus und Revisionismus im allgemeinen unterstreicht, daß die Sowjets die Theoriediskussionen jetzt in erster Linie als Plattform des Kampfes gegen rechtsrevisionistische Abweichun-

gen ansahen, wie sie beispielsweise Roger Garaudy in Frankreich, Ernst Fischer in Österreich und jüngst Teodoro Petkoff in Venezuela vertraten. Die Tatsache, daß die KPdSU in einigen dieser Fälle ihre Kampagne bereits vor dem offiziellen Parteiausschluß der Häretiker startete, deutet auf ein großes Interesse, den von ihr als stark eingeschätzten Einfluß dieser Gruppe auf die Meinungsbildung innerhalb des Weltkommunismus frühzeitig einzudämmen.

In diesem Rahmen hatten die Theoriekonferenzen nicht nur die Aufgabe, das sowjetische Vorgehen gleichsam kollektiv zu legitimieren und zu sanktionieren: Sie sollten darüber hinaus die westlichen Bruderparteien vor der Gefahr allzu weitgehender ideologischer und politischer Konzessionen an die potentiellen Bündnis- und Regierungspartner auf Kosten der (einseitig interpretierten) Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus warnen und die Grenzen sowjetischer Toleranz gegenüber kritischen Anmerkungen der Bruderparteien abstecken.

Eine geschickte Konferenzregie sorgte dafür, daß die daheim einflußlose, in ideologischen und politischen Fragen aber sowjetkonforme KP der USA als Kronzeugin einer korrekten politischen Strategie in den kapitalistischen Ländern häufig zu Worte kam, mitunter sogar mit einem einleitenden Hauptreferat.

Aus dem gleichen Grunde dürfte die KPdSU für eine beschleunigte Zulassung der DKP zu internationalen Kommunistenkonferenzen plädiert haben, die ihr — im Unterschied zur KPD und SEW — für das Moskauer Welttreffen noch verweigert worden war. Die DKP bedankte sich für diese Hilfe durch intensive Beteiligung im Sinne der sowjetischen Konzeption.

Sicher nicht zufällig spielten auch die französischen Kommunisten auf all diesen Konferenzen eine herausgehobene Rolle. Ihr Konzept entspricht genau den sowjetischen Vorstellungen: den Dialog mit der nichtkommunistischen Linken zu verbinden mit einer maximalen Wahrung der eigenen ideologischen, politischen und organisatorischen Identität; den Bindungen an die KPdSU jedenfalls insoweit Priorität vor der eigenen Autonomie einzuräumen, als ihre Volksfrontstrategie nicht unmittelbar berührt wird.

Schließlich fällt auf, daß sich die SED mit einer Reihe von theoretischen Beiträgen zu profilieren suchte — auch dies sicher nicht

ohne sowjetische Zustimmung: Wer hätte überzeugender den Beweis dafür antreten können, daß sich eine Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution und ein hohes, stabiles Wirtschaftswachstum verbinden ließ mit einer modifizierten zentralen Planwirtschaft sowie mit der Beibehaltung der führenden Rolle der Partei auch auf dem Wirtschaftssektor (daß beides also nicht etwa neue Formen einer sozialistischen Marktwirtschaft oder gar ein System der Arbeiter selbstverwaltung mit allen darin liegenden Gefahren revisionistischer Abweichungen erforderte)? Wer hätte eindrucksvoller gegen die Pluralismuskonzepte der IKP und der KPC⁴³ (während der Dubček-Ära) polemisieren können als die SED, die schließlich auf die Erfahrungen einer über 20jährigen „Bündnispolitik“ verweisen konnte? Als lebender Beweis für die Richtigkeit ihrer Thesen ließ die SED auf einem der Kolloquien sogar die Vorsitzenden der vier bürgerlichen Blockparteien LDPD, DBP, CDU und NDPD aufmarschieren und referieren — ein Unikum zumindest im Rahmen der hier untersuchten Konferenzserie.

Im Ganzen gesehen dürfte jedoch keine Seite mit dem bisherigen Ergebnis der theoretischen Konferenzen zufrieden sein, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil Traditionalisten und Autonomisten mit völlig unterschiedlichen Zielsetzungen an sie herangegangen waren und daher meist aneinander vorbeiredeten.

Auf der einen Seite versagten die Treffen als ideologisches Disziplinierungsinstrument; sie konnten ein weiteres Ausgreifen unorthodoxer und kritischer Vorstellungen im Weltkommunismus nicht verhindern, wie es der sowjetisch geführte Traditionalistenflügel erhofft hatte.

Andererseits waren die Autonomisten nicht in der Lage, sie zur Plattform einer offenen, kritischen Konfrontation der Ideen zu machen. Sie mußten zufrieden sein, einen ersten Schritt in Richtung ihres Zieles getan zu haben, die kaum lösbaren Divergenzen von den Weltkonferenzen in die Spezialistenzirkel abzuschieben (und sie damit gleichsam zu entschärfen).

2. Regionalkonferenzen

Wesentlich fruchtbarer als die ideologisch-theoretischen Kongresse waren die Regionalkonferenzen.

Auch hier suchte sich die KPdSU intensiv einzuschalten. In gewissem Umfang verstand sie es sogar, aus der Not der Auffächerung des

Weltkommunismus eine Tugend zu machen und die neuen Organisationsformen zu eigenem Vorteil zu nutzen. Nach den positiven Erfahrungen der Karlsbader Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien über Sicherheitsprobleme vom April 1967 trommelte sie im Januar und im Oktober 1970 ihre europäischen Bruderparteien erneut zur Beratung der gleichen Thematik zusammen, diesmal nach Moskau. Im Gegensatz zu Karlsbad wurde jedoch über beide Treffen eine strikte Publikationssperre verhängt.

Immerhin sind wir durch Indiskretionen der jugoslawischen Kommunisten, die seit den Nahost-Konferenzen von Moskau und Budapest (9. Juni bzw. 11./12. Juli 1967) erstmals wieder an einem multilateralen Kommunistentreffen teilnahmen, über Ziele und Ergebnisse wenigstens der ersten Begegnung relativ gut informiert. Danach sollten über die Sicherheitsprobleme hinaus Fragen der europäischen Zusammenarbeit sowie „der Gedanke der Abhaltung eines umfassenden Kongresses der Völker Europas“ erörtert werden — eines Kongresses übrigens, der zuletzt von der Moskauer Weltkonferenz vorgeschlagen wurde und der „die Einberufung einer europäischen Staatenkonferenz vorbereiten und erleichtern“ sollte. Allem Anschein nach setzte die KPdSU jetzt den Hebel der Regionalkonferenz an, um das Projekt des europäischen Völkerkongresses zu forcieren.

Stellvertretend für die anderen Autonomisten, deren Vorstellungen sich von denen der Jugoslawen kaum unterscheiden, machte der Vertreter Belgrads eine Reihe kritischer Anmerkungen zu der sowjetischen Sicherheitskonzeption sowie zur mangelnden Bereitschaft Moskaus, den europäischen Völkerkongreß demokratisch vorzubereiten und die *gleichberechtigte* Mitwirkung aller progressiven Parteien und Bewegungen Europas zu garantieren⁴³).

Mit dieser — wenn auch diplomatisch verpackten — antitraditionalistischen Philippika gaben die Jugoslawen nicht nur den europäischen Konzeptionen Moskaus einen anderen Sinn: Sie führten darüber hinaus aller Welt vor Augen, daß die sowjetischen Vorstellungen von der Funktion kommunistischer Regionalkonferenzen noch keineswegs mit denen der Autonomisten übereinstimmen, weder was die Form noch was den Inhalt dieser Treffen angeht.

⁴³) Tanjug, 18. 1. 1970.

Wesentlich mehr wissen wir über die regionalen Kommunistentreffen, die in den verschiedenen Teilen der Welt von nichtregierenden kommunistischen Parteien veranstaltet wurden: kurzfristig einberufene Begegnungen zur Beratung konkreter Tagesfragen oder gut vorbereitete Konferenzen zur Ausarbeitung gemeinsamer langfristiger politischer Strategien.

Ein gutes Beispiel für den ersten Fall ist das Indochina-Treffen 15 westeuropäischer kommunistischer Parteien vom 15. 5. 1970 anlässlich der US-Intervention in Kambodscha. Kurzfristig beriefen die italienischen und französischen Kommunisten eine Gipfelkonferenz nach Paris ein, um gemeinsam mit ihren benachbarten nichtregierenden Bruderparteien zu Massenaktionen gegen die Erweiterung des Indochinakrieges aufzurufen und einen entsprechenden Druck auf die Regierungen ihrer Länder auszuüben. Auf italienischen Vorschlag wurde beschlossen, in allen Ländern gleichzeitig große Indochina-Meetings unter Teilnahme ausländischer Redner zu veranstalten und damit zur politischen Isolierung der Nixon-Regierung beizutragen — ein Plan, der schon im Juni 1970 mit internationalen Großveranstaltungen in Paris, Neapel, Hamburg und anderen Städten Westeuropas verwirklicht wurde.

Mit berechtigtem Stolz konnte das für die Organisation der Pariser Maikonferenz verantwortliche FKP-Politbüromitglied Raymond Guyot darauf verweisen, „daß die (kommunistischen) Parteien der kapitalistischen Länder Europas ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt haben, *so rasch und gemeinsam auf eine ernste Situation*“ zu reagieren⁴³⁾.

Unter diesem Gesichtswinkel ist nicht auszuschließen, daß die westeuropäischen Parteien mit ihrer Indochina-Initiative eine zusätzliche Nebenabsicht verfolgten: der KPdSU gewisse Mitbestimmungsrechte abzurufen durch den Beweis, daß man zu raschen, wirkungsvollen und verantwortungsbewußten Gemeinschaftsaktionen bereit und fähig ist.

Längerfristig angelegt waren die Strategiediskussionen der westeuropäischen kommunistischen Parteien. Im Vordergrund standen dabei die Einschätzung der EWG sowie, angesichts der zunehmenden multinationalen Firmenzusammenschlüsse, Möglichkeiten gemeinsamer

übernationaler politischer und gewerkschaftlicher Gegenmaßnahmen. Nirgends wurden Vorteil und Notwendigkeit regionaler Beratungen so deutlich sichtbar wie hier: Die Parteien konnten ihre spezifischen Probleme offen diskutieren, frei von möglicher — ideologisch oder machtpolitisch motivierter — außerregionaler Einflußnahme.

In diesem Sinne war die Londoner Konferenz zum Thema „Der Kampf der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder Europas angesichts der Entwicklung der multinationalen Gesellschaften“ vom Januar 1970 zwar nicht die erste Westeuropakonferenz überhaupt, wohl aber die erste Begegnung, die konkreten wirtschaftspolitischen Fragen gewidmet war. Von einem am 21. 9. 1970 gleichfalls in London tagenden 9-Parteien-Treffen in enger Zusammenarbeit mit den Zentralkomitees gründlich vorbereitet, vereinte die Konferenz hohe Parteifunktionäre und Wirtschaftsspezialisten 15 westeuropäischer kommunistischer Parteien. Ohne auf die Diskussionen, aus deren Inhalt kein Geheimnis gemacht wurde, im einzelnen einzugehen⁴⁴⁾, kann als Gesamteindruck festgehalten werden, daß es in London zu einem echten Meinungs- und Erfahrungsaustausch kam, der auf die Strategie und Taktik der Einzelparteien nicht ohne Einfluß bleiben dürfte. Auf der Basis eines reichhaltigen Dokumentationsmaterials, das unter Mitarbeit aller interessierten Parteien schon vor Konferenzbeginn zusammengestellt worden war, erhielt das Treffen nach Aussage eines französischen Teilnehmers über eine Lagebeschreibung hinaus echt analytischen Charakter. Wenn man sich dabei nicht scheute, auch die bestehenden Divergenzen offen auszusprechen, so entspricht das durchaus den Vorstellungen der (überwiegend autonomistisch gesinnten) Teilnehmerparteien.

Die Analyse der unterschiedlichen Formen multilateraler Zusammenarbeit seit der Moskauer Kommunistenkonferenz von 1969 zeigt, daß die Institution der Regional- und Spezialkonferenzen, der wachsenden Vielgestaltigkeit des Weltkommunismus entsprechend, mittlerweile quantitativ noch weiter ausgebaut worden ist und zum Teil qualitativ neue Züge angenommen hat.

⁴³⁾ Überblick in *l'Humanité*, 14. 1. 1971, S. 3, sowie *l'Unità*, 12. 1. 1971, S. 10, und 13. 1. 1971, S. 10. Die Reden ausführlich in: *Morning Star*, 12. 1. und 13. 1. 1971. Die Konferenzmaterialien finden sich in der IKP-Wirtschaftsfachzeitschrift, *Politica ed economia*, 2—3/Juni 1971.

⁴⁴⁾ *France Nouvelle* 1280, 20. 5. 1970, S. 17.

Die KPdSU hat sich, so scheint es, nach anfänglichem Zögern zu einer Änderung ihrer Taktik entschlossen: Statt zu bremsen, sucht sie sich aktiv in den Prozeß der Regionalisierung und Spezialisierung einzuschalten, die neuen Formen für die eigenen politischen Interessen nutzbar zu machen und die von den Autonomisten forcierte Entwicklung in Richtung einer „neuen Einheit“ im Weltkommunismus zu kanalisieren.

All dies gelang dem Kreml weitgehend auf dem Gebiete der Theoriekonferenzen, an die die Autonomisten kurzfristig ohnehin keine großen Erwartungen geknüpft hatten.

Weniger einfach hatte es die KPdSU schon auf den von ihr inspizierten Regionalkonferenzen zu aktuellen Fragen der Außenpolitik und des antiimperialistischen Kampfes. Unseren spärlichen Kenntnissen nach zu urteilen hatten sich die Sowjets hier mit kritischen Diskussionspartnern, womöglich sogar mit einer geschlossenen Oppositionsfront der Autonomisten auseinanderzusetzen. Auch bei Regionaltreffen steht der Kreml jetzt vor der Alternative, entweder breit angelegte Begegnungen

zu arrangieren (auf denen dann ideologische und politische Kompromisse unumgänglich sind), oder die eigenen ideologischen und politischen Ziele um jeden Preis zu verfolgen (und damit den Teilnehmerkreis auf die engere Gefolgschaft zu beschränken).

Am interessantesten aber sind zweifellos die westeuropäischen Regionalkonferenzen. Sie sind sicher weniger Vorformen eines westkommunistischen Parteien-Sonderbundes, wie bisweilen im Westen vermutet wird; primär werden sie von den Autonomisten gegenwärtig eher, was ihren Arbeitsstil und ihre inhaltlichen Aussagen angeht, beinahe demonstrativ als Vorbild für die Zusammenarbeit und die „neue Einheit“ im internationalen Kommunismus angesehen.

Damit könnte sich in ihnen auf lange Sicht die Hoffnung des österreichischen Marxisten Franz Marek erfüllen, daß Konferenzen der westeuropäischen kommunistischen Parteien als ständige Einrichtung bedeutsamen Einfluß auf die Entscheidungen in der kommunistischen Weltbewegung gewinnen ⁴⁶⁾.

VI. Ausblick

Die „Krise des Internationalismus“ (Berlinguer) dürfte so lange andauern, wie die KPdSU daran festhält, ihre Interpretation des Marxismus-Leninismus sowie ihr Sozialismusmodell als letzte und allgemeingültige Wahrheit zu propagieren — und dies in einer Phase, in der die Italiener nicht nur unterschiedliche Aktionsrezepte im Weltkommunismus für selbstverständlich halten, sondern darüber hinaus sogar einen Pluralismus des „sozialistischen Denkens“ propagieren, wie es Berlinguer jüngst in seiner Rede vor dem XXIV. KPdSU-Parteitag tat ⁴⁷⁾.

Das Status quo-Denken der KPdSU erklärt sich natürlich vor allem aus ihrem Bestreben, nicht das Instrument aus der Hand zu geben, das es ihr ermöglicht, auch weiterhin in Angelegenheiten der Bruderparteien einzugreifen und

diese Parteien der sowjetischen Staatsräson dienstbar zu machen. Auch fürchtet sie nicht zu Unrecht, daß die Vorstellungen der Autonomisten, sobald sie erst einmal im Rahmen des Weltkommunismus akzeptiert worden wären, gleichsam von der Peripherie her die Sowjetunion selbst erobern und die Köpfe ihrer Bürger verwirren könnten.

Man sollte aber auch bedenken, daß die KPdSU von anderen Voraussetzungen ausgeht als viele ihrer „Bruderparteien“, die — jedenfalls soweit sie im kapitalistischen Westen operieren — zu ständiger rationaler politischer Auseinandersetzung sowie zum Denken in Kategorien des Pluralismus gezwungen sind. Die KPdSU hingegen hat (ob auf innerparteilicher, innenpolitischer oder weltkommunistischer Ebene) nie gelernt, mit Konflikten zu leben

⁴⁷⁾ L'Unità, 2. 4. 1971, S. 1.

⁴⁸⁾ Wiener Tagebuch, 5—6 (1969), S. 4.

und sich rational mit ihnen auseinanderzusetzen. Immer nur gab es Freunde und Feinde, gab es das berühmte „wer—wen“, gab es „gesunde“ und „kranke“ Kräfte.

Wahrscheinlich wird die KPdSU auch zukünftig pragmatisch vorgehen und sich in Organisations- und Formfragen zu unumgänglichen

Konzessionen entschließen. Inhaltlich aber ist von ihr in absehbarer Zeit kein Einlenken zu erwarten. Nur in einem sehr langfristigen Prozeß — wenn überhaupt — könnten daher die unterschiedlichen Modellvarianten einer Einheit und Zusammenarbeit im Weltkommunismus harmonisiert werden.

Zwischen Etatismus und Selbstverwaltung

Management und Arbeiterschaft in jugoslawischen Unternehmen

Der Mythos des jugoslawischen Modells hat der Diskussion um die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft seinen Stempel aufgeprägt. Mehr als zwei Jahrzehnte Erfahrungen mit der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung sind Anlaß genug, die Frage nach der Funktionsweise dieses Modells aufzuwerfen und den Mythos mit der Realität der Selbstverwaltung zu konfrontieren. Dies um so mehr, als es sich bei dem jugoslawischen Modell um den zur Zeit einzigen dauerhaften Versuch handelt, innerbetriebliche Einflußstrukturen mit Elementen des Rätessystems zu demokratisieren. Vor allem drei Fragen müs-

sen im Vordergrund einer kritischen Prüfung stehen:

1. In welchem Umfang ist eine Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen innerhalb der Unternehmen herbeigeführt worden?
2. Wie weit werden die Arbeiter an der Unternehmensleitung und Festlegung der Unternehmenspolitik beteiligt?
3. Ist eine effektive Kontrolle der Unternehmensleitung durch Selbstverwaltungsorgane und Arbeitskollektiv gewährleistet?

I. Dezentrale Unternehmensorganisation

1. Selbstverwaltungsorgane und Management

Als wichtigste Determinanten des jugoslawischen Wirtschaftssystems können das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln, die Konzeption der gelenkten Marktwirtschaft und die Arbeiterselbstverwaltung in den Unternehmen angesehen werden ¹⁾.

Grundlage der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung ist das Grundsatzgesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsorganisationen und übergeordneten Wirtschaftsvereinigungen durch die Arbeiterkollektive vom 2. Juli 1950 ²⁾. Organe der Selbstverwaltung sind die Versammlung des Gesamtkol-

lektivs, der Arbeiterrat und der Verwaltungsausschuß. Der Arbeiterrat wird vom Gesamtkollektiv in geheimer Wahl auf ein Jahr gewählt. Wichtigste Aufgabe des Arbeiterrates ist die Ausarbeitung von Richtlinien für die betriebliche Leistungserstellung. Im Rahmen dieser Richtlinien verwaltet der vom Arbeiterrat aufgrund von Kandidatenlisten gewählte

INHALT

- I. Dezentrale Unternehmensorganisation
 1. Selbstverwaltungsorgane und Management
 2. Grenzen der Dezentralisation
- II. Das Apathieproblem
 1. Intensität der Partizipation
 2. Grenzen direktdemokratischer Partizipation im Unternehmen
- III. Bürokratisierungstendenzen
 1. Machtposition des Managements
 2. Gewaltenteilung und innerbetrieblicher Interessenausgleich
- IV. Machtkontrolle im Unternehmen
 1. Recall und Rotationsprinzip als Kontrollinstrumente
 2. Unzureichende Kontrolle innerbetrieblicher Machtzentren
- V. Schlußfolgerungen

¹⁾ Vgl. B. Horvat, Towards a theory of planned economy, Belgrad 1964; R. Bičanić, Economics of Socialism in a Developed Country, in: Foreign Affairs, Juli 1966, S. 633—650; Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung — Ein Bremsklotz der wirtschaftlichen Entfaltung?, in: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropas, Jg. XVIII, November/Dezember 1969, Heft 11/12, S. 191—194.

²⁾ Vgl. G. Lemán, Stellung und Aufgaben der ökonomischen Einheiten in den jugoslawischen Unternehmen, Berlin 1967, S. 31; D. Jurić, S. Pudar, Staatseinrichtung und Gesellschaftsordnung Jugoslawiens, Belgrad o. J.; O. N. Haberl, Die Entwicklung der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 2/1970, Opladen 1971, S. 323—339.

Verwaltungsausschuß die Unternehmung und kontrolliert den Direktor, der seinerseits Mitglied des Verwaltungsausschusses ist, aber nicht die Rolle des Vorsitzenden übernehmen darf. Nach § 36 des Gesetzes über die Arbeiterselbstverwaltung hat der Direktor die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses durchzuführen. Die wichtigsten unternehmerischen Funktionen (Unternehmenspolitik, Planung, Jahresabschlußrechnung etc.) werden dem Verwaltungsausschuß zugeordnet.

Der Ernennung des Direktors geht eine öffentliche Ausschreibung voraus. Die Ausschreibungskommission, die die eingegangenen Bewerbungen prüft und dem Arbeiterrat einen Kandidaten zur Ernennung vorschlägt, setzt sich jeweils zur Hälfte aus Vertretern des Arbeiterrates und der Gemeinde (in der Regel des Gemeindeparlaments) zusammen. Sie ist daher weder ein reines Selbstverwaltungs- noch ein reines Staatsorgan. Den Vorschlag der Kommission kann der Arbeiterrat nur annehmen oder ablehnen, nicht aber einen anderen Bewerber ernennen.

Die Kandidaten können gegen die Entscheidung des Arbeiterrates Beschwerde beim Gemeindeparlament einlegen. Bei Verletzung von Verfahrensvorschriften kann das Parlament das gesamte Verfahren aufheben, ebenso, wenn der ernannte Bewerber nicht die vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt. Die Tatsache, daß die Gemeinden in diesem Fall Richter in eigener Sache sind, wird allerdings zunehmend kritisiert und statt dessen die Einschaltung unabhängiger Gerichte gefordert.

Aufgabe des Direktors ist die Repräsentation der Unternehmung nach außen und die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Unternehmens. Entgegen diesen formalen Bestimmungen des Gesetzes ist die Machtstellung des Direktors seit jeher weit stärker gewesen, als es der dezentralen Konzeption der Arbeiterselbstverwaltung entspricht. „Von seinen Fähigkeiten und seiner Geschicklichkeit und nicht zuletzt von der Möglichkeit, Macht auszuüben, hängt letztlich das Funktionieren des Systems der Arbeiterselbstverwaltung ab.“⁴⁾ Da Unternehmensleitung wirtschaftliche Urteilsfähigkeit und genaue Kenntnis betriebswirtschaftlicher Funktionszusammenhänge voraussetzt, über die die Mehrheit des Arbeiterrates und auch des Verwaltungsausschusses trotz aller Weiterbildungsmaßnahmen nicht verfügt, wird diese Leitungsfunktion in den meisten Fällen nicht, wie gesetzlich vorgesehen,

⁴⁾ G. Lemán, a. a. O., S. 33.

vom Verwaltungsausschuß, sondern vom Direktor wahrgenommen.

Die Verfassungsreform vom 26. Dezember 1968 hat die Stellung des Managements im Betrieb auf Kosten der Organe der Selbstverwaltung dadurch gefestigt, daß die Arbeitnehmer dem Arbeiterrat und damit auch dem Verwaltungsausschuß weitgehende Vollmachten zum Aufbau einer leistungsfähigen Unternehmensorganisation geben können⁴⁾.

Da der Vorsitzende des Arbeiterrates, um einer Ämterhäufung vorzubeugen, nicht in den Verwaltungsausschuß gewählt werden darf, der Direktor hingegen von Amts wegen Mitglied dieses Ausschusses ist, muß man den Verwaltungsausschuß mehr dem Management als der Arbeiterselbstverwaltung zurechnen⁵⁾. „Nur in einzelnen Fällen nimmt das Arbeitskollektiv an der Verwaltung des Unternehmens unmittelbaren Anteil.“⁶⁾

Die Organisation der Selbstverwaltung ist durch zwei verschiedene, ja gegensätzliche Strukturmerkmale gekennzeichnet⁷⁾:

1. die auf der Eigentumsverfassung beruhende Kompetenz zur Verwaltung, die dem Arbeitskollektiv zusteht, und
2. die fachliche Leitung des Unternehmens durch ein qualifiziertes Management.

Das zweite Strukturmerkmal trägt der Tatsache Rechnung, daß die Delegierten in den Organen der Arbeiterselbstverwaltung nur selten in der Lage sind, qualifizierte Entscheidungen in betriebswirtschaftlichen Fragen zu fällen. Diese Erscheinung steht in einem gewissen Gegensatz zu dem System dezentralisierter innerbetrieblicher Meinungsbildung und zum Prinzip der Dezentralisierung der Planaufstellung, die durch eine Aufgliederung der Unternehmung in kleinere ökonomische Einheiten ermöglicht werden soll.

2. Grenzen der Dezentralisation

Während vielfach behauptet wird, jeder Arbeiter partizipiere direkt an der Unternehmensleitung⁸⁾ und beim Arbeiterrat liege das

⁴⁾ Vgl. H. Roggemann, Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Frankfurt 1970, S. 25.

⁵⁾ Vgl. ders., a. a. O., S. 82.

⁶⁾ H. Schleicher, Das System der betrieblichen Selbstverwaltung in Jugoslawien, Berlin 1961, S. 179.

⁷⁾ Vgl. P. Klinar, Probleme der Selbstverwaltung in Jugoslawien, Berlin 1969 (hektographierter Beitrag zur Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft), S. 4.

⁸⁾ Vgl. A. Deleon, L'Ouvrier Yougoslave: Qui est-il? Que pense-t-il? A quoi aspire-t-il?, Beograd 1962, S. 63.

„Zentrum betrieblicher Willensbildung“⁹⁾, zeigt es sich immer mehr, daß bei vollständiger Dezentralisierung der Investitionsentscheidungen die Beseitigung struktureller Unterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen, insbesondere die Verringerung des erheblichen Einkommensgefälles, unmöglich ist¹⁰⁾. Auch aus diesem Grunde stößt eine weitgehende Dezentralisation auf Schwierigkeiten. Erstrebenswert erscheint daher den jugoslawischen Ökonomen ein Ausgleich zwischen Partizipation und Effizienz, zwischen demokratischer Dezentralisation des Managements und der Idee der Unternehmenseinheit¹¹⁾.

Nachdem zunächst der Notwendigkeit integrierender zentraler Organe nicht genügend Beachtung geschenkt worden war, und dadurch ständige Streitigkeiten zwischen den einzelnen Abteilungen um die Verteilung der Mittel ungeachtet des gemeinsamen Unternehmenszieles provoziert hatte, wurden vor allem in den letzten Jahren als Gegengewicht gegen die Entscheidungsdezentralisation ein hochqualifiziertes Management, ein gut funktionierendes Rechnungswesen und ein schneller Informationsfluß gefordert¹²⁾.

Diese Bestrebungen haben dazu geführt, daß im Verwaltungsausschuß die technischen und ökonomischen Fachleute aus der Betriebsleitung mit einem wachsenden Anteil vertreten sind und daß dieser Ausschuß kein Organ der Selbstverwaltung, sondern der Unternehmensleitung geworden ist¹³⁾.

1967 wurden von einem Forscherteam des Gewerkschaftsbundes von Slowenien 1489 Arbeiter und 501 Mitglieder der Kollegien¹⁴⁾ aus 92 slowenischen Industriebetrieben danach

⁹⁾ J. Hawlowitsch, Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, in: A. Domes, (Hrsg.), Osteuropa und die Hoffnung auf Freiheit, Köln 1967, S. 212.

¹⁰⁾ Vgl. ders., a. a. O., S. 214.

¹¹⁾ Vgl. M. Kamusic, Economic Efficiency and Workers' Selfmanagement, in: M. J. Broekmeyer, (Hrsg.), Yugoslav Workers' Selfmanagement. Proceedings of a Symposium held in Amsterdam, 7-9 January 1970, Dordrecht 1970, S. 86 f.

¹²⁾ Vgl. G. Lemán, Ungelöste Fragen im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung, Köln 1969, S. 44 f.

¹³⁾ Vgl. H. Huss, Die Arbeiterselbstverwaltung in den Industriebetrieben Jugoslawiens. Zum Modell der Selbstverwaltung in einem sozialistischen Staat in der Phase der Industrialisierung, Frankfurt a. M. 1968 (hektographierte Diplomarbeit), S. 21.

¹⁴⁾ Unter dem Begriff ist in den meisten Betrieben die Unternehmensleitung — zusammengesetzt aus dem Direktor und den Leitern der Fachabteilungen (Beschaffung, Verkauf, B. haltung etc.) — zu verstehen.

befragt, wie hoch sie den Einfluß verschiedener Unternehmensorgane einschätzten. Zur Bewertung des Einflusses wurde den Befragten ein Skalometer mit den Skalenpositionen 1 bis 4 vorgelegt (1,0 = sehr geringer Einfluß, 4,0 = sehr großer Einfluß). Neben der tatsächlichen wurde auch die gewünschte Einflußverteilung erfragt¹⁵⁾.

Sowohl die Kurven der realen wie auch der gewünschten Einflußverteilung zeigen das Spannungsverhältnis zwischen Arbeiterrat und Management (Kollegium). Arbeiter und Manager vertreten die Auffassung, der Arbeiterrat solle den stärksten Einfluß ausüben; beide Gruppen stimmen aber auch darin überein, daß trotz der Selbstverwaltung das Management den stärksten innerbetrieblichen Machtfaktor darstellt — vor dem Verwaltungsausschuß, dem Arbeiterrat und dem Arbeitskollektiv. Dabei wird die Differenz zwischen der Macht des Managements und der des Arbeiterrates von den Arbeitern noch höher veranschlagt als von den Mitgliedern der Kollegien. Insgesamt wird eine Umkehrung der tatsächlichen Machtverhältnisse gewünscht: Die Selbstverwaltungsorgane sollten dem Kollegium nicht untergeordnet sein, sondern größeren Einfluß als das Management ausüben¹⁶⁾.

In einem gewissen Gegensatz zu diesem Untersuchungsergebnis steht jedoch der Befund einer anderen Umfrage¹⁷⁾. Danach bezeichneten 70 % der Befragten die Führungsrolle der Selbstverwaltungsorgane bei der Verteilung der persönlichen Einkommen als „vorwiegend gesichert“, bei den Entscheidungen über Investitionen für Produktionserweiterungen waren 60 % und bei der Erneuerung und Instandhaltung des Anlagevermögens 51 % der gleichen Meinung. Demgegenüber sahen aber 57,4 % der Befragten die Führungsrolle der Selbstverwaltungsorgane bei der Planung nicht als gesichert an. Die in diesem Umfrageergebnis zum Ausdruck kommende hohe Einschätzung der Rolle der Selbstverwaltungsorgane kann darauf zurückgeführt werden, daß formal diese Organe alle wichtigen Entschei-

¹⁵⁾ Vgl. B. Kavcic, Distribucija vpliva v podjetjih industrije in rudarstva v Sloveniji (Die Einflußverteilung in den Industrie- und Bergwerksbetrieben Sloweniens), Ljubljana 1968, S. 21 f.

¹⁶⁾ Vgl. B. Kavcic, Distribucija vpliva . . . , a. a. O., S. 32 ff.

¹⁷⁾ Vgl. D. Meier, Leitung, Besteuerung und Finanzierung der jugoslawischen Industrieunternehmen im Vergleich mit deutschen Aktiengesellschaften, München 1968, S. 51.

dungen fällen, da das Management seine Entscheidungen von der endgültigen Zustimmung des Arbeiterrates abhängig machen muß, die aber nur in den wenigsten Fällen verweigert wird. Formelle Entscheidungskompetenz und reale Entscheidungsmacht scheinen von den Befragten gleichgesetzt worden zu sein¹⁸⁾.

Zu einer Rezentralisierung wirtschaftlicher Macht hat aber nicht nur diese vom Management beherrschte innerbetriebliche Einflußverteilung geführt, sondern auch der wachsende Anteil der Banken an der Finanzierung der Investitionen, der sich von 1961 bis 1968 von 0,9 % auf 47,1 % erhöht hat, während sich der Anteil der Gemeinden von 61,7 % auf 15,7 % verringerte und der Anteil der Unternehmen mit 31,2 % im Jahre 1968 gegenüber 29,5 % im Jahre 1961 nahezu konstant blieb¹⁹⁾.

Voraussetzung für eine dezentralisierte Unternehmenslenkung ist die Delegation von dispositiven Funktionen und von Initiativbefugnissen, weiterhin die Delegation von Verantwortung an die betreffenden innerbetrieblichen Instanzen²⁰⁾. Diese Dezentralisation wird aber im jugoslawischen System dadurch eingeschränkt, daß zahlreiche, für die Unternehmenspolitik wichtige Entscheidungen (Preisbildung, Investitionspolitik) dem Staat vorbehalten bleiben. In Angelegenheiten, die den Entscheidungsträgern der Arbeiterselbstverwaltung keinen klar erkennbaren Vorteil einbringen, ist in der Regel eine schwerfällige und langsame Beschlußfassung zu erwarten, während auf der anderen Seite die Instanzenwege verkürzt und die Sachnähe der Entscheidungen verbessert werden kann.

Da nach den Reformen von 1965 „... allzu souveräne Beschlüsse mancher Kollektive in der Einkommensverteilung mit den Investitionsnotwendigkeiten nur schwer zu vereinbaren waren“²¹⁾, wurde 1968 die Stellung des Managements so sehr gestärkt, daß vor der

Gefahr einer „Selbstentmachtung der Arbeiterräte“ gewarnt wurde. Diese Entmachtung scheint jedoch eine notwendige Voraussetzung für die Koordination der Investitionsentscheidungen und damit für die Funktionsfähigkeit des gesamten ökonomischen Systems zu sein. Ohnehin ist offen, welcher faktische Entscheidungsspielraum den Gremien der Selbstverwaltung angesichts des dominierenden Partei- und Gewerkschaftseinflusses noch verbleibt²²⁾. Auch ohne offene staatliche Interventionen ist der Einfluß der Partei auf die Entscheidungen der Selbstverwaltungsorgane gesichert²³⁾. Vorrangige Aufgabe der Mitglieder des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in den Grundorganisationen der ökonomischen Einheiten ist es, durch eine rege Beteiligung an der Arbeit der Selbstverwaltungsorgane „nichtsozialistische Tendenzen“ zurückzudrängen. Dementsprechend beträgt der Anteil der Parteimitglieder in der gesamten Arbeiterschaft nur 12 %, in den Arbeiterräten dagegen 31 % und in den Verwaltungsausschüssen sogar 41,5 %²⁴⁾. Die Partei ist daher grundsätzlich in der Lage, die Unternehmenspolitik durch die aktive Mitarbeit ihrer Mitglieder in den Selbstverwaltungsorganen zu kontrollieren und zu steuern²⁵⁾.

Nach seiner eigenen Erklärung erkennt der jugoslawische Gewerkschaftsbund die führende Rolle des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) an, billigt sein Programm und setzt sich für seine Realisierung ein²⁶⁾. Die Kandidatenliste für die Wahlen zu den Arbeiterräten werden von den Gewerkschaften auf-

¹⁸⁾ Diese Betrachtungsweise kennzeichnet auch die Kommentare zu den Unternehmensverfassungen. Vgl. hierzu J. Kristan, On the Social Order of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, in: Statute of the Rubber Factory „Sava“, Kranj 1966, S. VII.

¹⁹⁾ Vgl. D. Gorupić, J. Paj, „Workers“ Self-Management in Yugoslav Undertakings, Zagreb 1970, S. 31.

²⁰⁾ Vgl. K. Junckerstorff, Internationaler Grundriß der wissenschaftlichen Unternehmensführung, Berlin 1964, S. 193 ff.

²¹⁾ F. U. Fack, Tücken der Selbstverwaltung — Der Modellfall Jugoslawien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Oktober 1970, S. 17.

²²⁾ 97 % der Direktoren der jugoslawischen Unternehmen gehören dem „Bund der Kommunisten Jugoslawiens“ an.

²³⁾ Vgl. D. Meier, a. a. O., S. 38 f.

²⁴⁾ Vgl. D. Meier, a. a. O., S. 39.

²⁵⁾ Entgegengesetzter Auffassung ist Pejovich, der seine Meinung mit dem Rotationsprinzip bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen begründet, aber dennoch zugibt, daß „from the static aspect the institution of the Workers Council does not appear very promising and attractive.“ S. Pejovich, The Market-Planned Economy of Yugoslavia, Minneapolis 1966, S. 90. Demgegenüber weist Raupach darauf hin, daß sich die Partei ihren Einfluß auf Selbstverwaltung und Management durch betriebliche Parteizellen gesichert habe. (Raupach, Arbeiterselbstverwaltung im jugoslawischen und im sowjetischen System, in: Gegenwartskunde, Jg. 19, 1970, Heft 3, S. 235); vgl. ferner S. Stankovic, Zwanzig Jahre Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, in: Osteuropäische Rundschau, Jg. XVI, August 1970, Nr. 8, S. 11.

²⁶⁾ Vgl. A. Adamovitch, Yugoslavia — Worker and Factory, in: V. Gsovski, K. Grzybowski, (Hrsg.), Government, Law and Courts in the Soviet Union and Eastern Europe, London—Den Haag 1959, Bd. 2, S. 1601.

gestellt. Zwar können die Arbeiter zusätzliche Bewerber in die Listen eintragen, machen von diesem Recht aber nur äußerst selten Gebrauch. Die dominierende Stellung der Gewerkschaften bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen und ihre Unterordnung unter den BdKJ machen diesen nach wie vor zur „ausschlaggebenden politischen Autorität“²⁷⁾ auch in den Unternehmen²⁸⁾. In den Resolutionen seines neunten Kongresses im Mai 1969 hat es der BdKJ als eine „undemokratische“, gegen das Selbstverwaltungssystem gerichtete Tendenz bezeichnet, wenn unter Berufung auf vollständige Demokratie gefordert werde, er solle sich in den Entscheidungsprozessen des Selbstverwaltungssystems neutral verhalten²⁹⁾.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann von Neutralität in der Tat keine Rede sein. Im Gegenteil: Die enge personelle Verzahnung von Arbeiterräten, Gewerkschaften und Partei gewährleistet eine umfassende politische Kontrolle der Entscheidungen der Selbstverwaltungsorgane³⁰⁾.

Auf die Frage: „Wer hatte nach Ihrer Ansicht bis jetzt den entscheidenden Einfluß auf Wahl und Ablösung der Unternehmensdirektoren?“ nannten bei einer Repräsentativumfrage 42,7 % der Befragten das Gemeinde- und Kreiskomitee des Bundes der Kommunisten, 20,1 % das Gemeindeparlament, 15,8 % einzelne politische Funktionäre und nur 8,4 % Arbeiterrat und Verwaltungsausschuß³¹⁾. Der Einfluß der politischen Organe auf die personelle Besetzung der Unternehmensspitze ist also nicht zu unterschätzen, der Einfluß der Selbstverwaltungsorgane demgegenüber gering. Zwar muß der Direktor nicht unbedingt Mitglied des Bundes der Kommunisten sein, aber seine „ideologische Festigkeit“ darf keinen Anlaß zu Zweifeln geben.

²⁷⁾ J. Kolaja, *Workers' Councils: The Yugoslav Experience*, London 1965, S. 66.

²⁸⁾ Zur Zeit streben die Gewerkschaften neue Rechte an (Gesetzgebungsinitiative, parlamentarisches Beschwerderecht), die sie durch die Verfassung garantieren lassen wollen.

²⁹⁾ Vgl. *The Resolutions of the Ninth Congress of the League of Communists of Yugoslavia: The Socialist Development in Yugoslavia on the Basis of Self-Management and the Tasks of the League of Communists*, in: *Yugoslav Survey*, vol. X, No. 2, May 1969, S. 43.

³⁰⁾ Vgl. D. Gorupić, J. Paj, a. a. O., S. 208.

³¹⁾ Vgl. K. H. Jäger, *Arbeiterselbstverwaltung und gesellschaftliches Eigentum. Ein Beitrag zum Status jugoslawischer Unternehmen*, Stuttgart—Berlin—Köln—Mainz 1969, S. 70.

Gegenüber den Selbstverwaltungsorganen beanspruchen die Gewerkschaften eine „gleichartig autonome Position“³²⁾ und verstehen sich zugleich als „integrierenden Bestandteil der direkten sozialistischen Demokratie“³³⁾. Entsprechend hoch ist der Einfluß der Gewerkschaften und der Partei auf die Personalpolitik der Unternehmen. „Viel mehr als in Italien oder Frankreich zieht in Jugoslawien die politische Obrigkeit an den Fäden der Personalpolitik, wenn es um die Führungsstellen in den Großunternehmen geht ... Schließlich ist es nicht realistisch, zu erwarten, die jugoslawische Partei, die das politische Machtmonopol festhält, werde ihre Hände völlig von der Wirtschaft lassen.“³⁴⁾

Neben der auf den Staat zurückgehenden Einschränkung der Dezentralisation ökonomischer Entscheidungskompetenzen wird die Delegation von Funktionen auch nur soweit vorgenommen, als „... dies ohne Schaden für die Erfüllung der Unternehmensaufgabe geschehen kann“³⁵⁾. Rechnungswesen und Planung unterstehen daher auch weiterhin der Unternehmensleitung³⁶⁾. Auch in der neuen Organisationsform gleichberechtigter ökonomischer Teilbereiche des Unternehmens werden die wichtigsten ökonomischen Funktionen von der koordinierenden Verwaltungsabteilung wahrgenommen, der der Direktor und die Abteilungen Planung, Analyse, Organisation und Entwicklung angehören. Zwar ist dieses Koordinationsgremium an die Beschlüsse der Organe der Arbeiterselbstverwaltung gebunden, verfügt aber dennoch über eine relativ starke Position innerhalb der Unternehmung, zumal die dispositiven Funktionen doch letztlich von den fachlich qualifizierten Verwaltungsorganen des Unternehmens ausgeübt werden.

Daß alle wichtigen unternehmensrelevanten Entscheidungen auf Sitzungen des Arbeiterrates und des Verwaltungsausschusses unter Hinzuziehung der jeweils zuständigen Abteilungen und Fachkommissionen gefällt werden,

³²⁾ V. Vodopivec, *Die Gewerkschaften im jugoslawischen System der Selbstverwaltung*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 21. Jg., Juli 1970, S. 403.

³³⁾ P. Romac, J. Franić, *Les ouvriers gèrent les usines*, Beograd 1962, S. 54.

³⁴⁾ J. G. Reißmüller, *Was „Wirtschaftsreform“ in Jugoslawien heißt*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. Mai 1971, S. 13.

³⁵⁾ Vgl. G. Lemán, *Stellung und Aufgaben...*, a. a. O., S. 57.

³⁶⁾ Vgl. hierzu auch Arbeitskreis Dr. Krähe der Schmalenbachgesellschaft, *Unternehmensorganisation. Aufgaben und Abteilungsgliederung in der industriellen Unternehmung*, Köln und Opladen 1963, S. 18.

steht dem nicht entgegen. Denn aufgrund der niedrigeren fachlichen Qualifikation der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane ist anzunehmen, daß die Manager und Fachkommissionen sich bei diesen Beratungen ohnehin leichter durchsetzen und den Informationsfluß selektiv beeinflussen. Die Funktionsfähigkeit der ökonomischen Einheiten wie des gesamten Unternehmens hängt somit weitgehend von der Person des Direktors und des Leiters der ökonomischen Einheit ab, da ihnen im Rahmen ihrer dispositiven und administrativen Funktionen ein weiter Entscheidungsbereich verbleibt³⁷⁾.

Ohnehin wird die Autonomie der Arbeiterselbstverwaltung durch „Nebenhierarchien“³⁸⁾ (Gewerkschaft, Partei) in Frage gestellt. Demgegenüber hat es der in der betrieblichen Machthierarchie an der Spitze stehende Direktor vor allem in den Unternehmen mit einem hohen Zentralisierungsgrad verstanden, seine Position auch gegenüber den Kontrollorganen der Selbstverwaltung zu festigen. Je höher der Zentralisierungsgrad — dieser Zusammenhang gilt für die Mehrzahl aller Betriebe —, um so mehr bilden der Direktor, der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses, der Vorsitzende des Arbeiterrates, der Vorsitzende der betrieblichen Parteiorganisation und der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsgruppe das eigentliche Machtzentrum des Betriebes. Widerstände gegen die Unternehmenspolitik können so in den verschiedensten Unternehmensbereichen von den jeweiligen Machtrepräsentanten abgefangen werden. Neben dieser für die meisten Unternehmen typischen Fünferkonstellation gibt es in manchen Betrieben auch Dreierkonstellationen (aus Direktor, Vorsitzendem des Verwaltungsausschusses und Vorsitzendem der betrieblichen Parteiorganisation), die in ihrer Struktur unmittelbar an die Epoche der Zentralverwaltungswirtschaft anknüpfen. Dies um so mehr, als der Direktor in der Regel auch eine starke Stellung in der Parteiorganisation innehat und durch seine gesetzliche Mitgliedschaft im Verwaltungsausschuß indirekten Einfluß auf den

³⁷⁾ In diesem Punkt ist die ideologisch ausgerichtete jugoslawische Fachliteratur wenig informativ, da normative Aussagen mit explikativen Aussagen verknüpft, die faktische Kompetenzabgrenzung zwischen Arbeiterselbstverwaltung und Unternehmensleitung nicht ausreichend analysiert und der Unterschied zwischen anordnender und ausführender Tätigkeit im Sinne der marxistischen Theorie ideologisch abgeschwächt oder gar geleugnet wird. Vgl. G. Lemán, a. a. O., S. 67.

³⁸⁾ H. Schleicher, a. a. O., S. 411 ff.

Arbeiterrat ausüben kann, während er auf der anderen Seite weitgehend von politischen Institutionen abhängig ist.

Aufgrund dieser innerbetrieblichen Machtkonzentration, der dem Direktor zur Verfügung stehenden Disziplinierungsmittel und Entscheidungskompetenzen in personalpolitischen Fragen, kommt die „Initiative von unten“ in der Arbeiterselbstverwaltung „nur sehr mittelbar“³⁹⁾ zum Ausdruck: „Gerade die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung hat im jugoslawischen Betrieb die Institutionalisierung neuer betrieblicher Hierarchieformen gezeitigt“⁴⁰⁾, die sich in der Schlüsselposition des Direktors für die Funktionsfähigkeit des Unternehmens verfestigen. Das Rotationsprinzip, d. h. der für Arbeiterrat und Verwaltungsausschuß obligatorische periodische Amtswechsel gilt bezeichnenderweise nicht für die Position des Direktors, der sowohl den kollektiven Verwaltungsorganen des Betriebes als auch den staatlichen Organen der zentralen Wirtschaftsverwaltung verantwortlich ist⁴¹⁾ und der die „auch ökonomisch zweckmäßige Führungskontinuität“⁴²⁾ sichern soll.

Aus Gründen effizienter Unternehmensführung ist der Grad der Dezentralisation ökonomischer Entscheidungen im jugoslawischen System somit geringer, als vielfach angenommen wird, geringer auch, als es dem Dezentralisationsprinzip dieses Systems entspricht⁴³⁾. Die Arbeiterselbstverwaltung hat sich von ihrer ursprünglichen direktdemokratischen Konzeption aufgrund eines erheblichen Grades an Professionalisierung und Zentralisierung entfernt und stellt ein Mischsystem zentraler und dezentraler ökonomischer Entscheidungsmechanis-

³⁹⁾ H. H. Wolter, Die Entwicklung der kommunistischen Bewegung Jugoslawiens. Ihr Kampf um die Machtergreifung und den Ausbau der sozialistischen Ordnung, München 1961 (Diss.), S. 102.

⁴⁰⁾ H. Schleicher, a. a. O., S. 263 f.

⁴¹⁾ Das Parteiorgan „Borba“ bezeichnet den Direktor daher als „gesellschaftlichen Hermaphrodit“ (zitiert nach G. Lemán, Ungelöste Fragen im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung, a. a. O., S. 3). Zur Position des Direktors siehe ferner: J. Teichert, Die kollektive Selbstverwaltung der Betriebe im Rahmen der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Bonn 1959 (Diss.), S. 89 ff.

⁴²⁾ H. Roggemann, a. a. O., S. 90; vgl. auch R. Lukić, Hauts fonctionnaires et hommes politiques en Yougoslavie, Paper zum VIII. Weltkongreß der International Political Science Association, München 1970, S. 2.

⁴³⁾ Vgl. P. Klinar, a. a. O., S. 6: „Es ist daher augenscheinlich, daß die Arbeiter in der Selbstverwaltung keine solche Rolle und Einfluß haben, wie aus den theoretischen Ausgangspunkten der Selbstverwaltung hervorgeht.“

men dar, das den systematischen Einwänden gegenüber der Funktionsfähigkeit von Räte-modellen bereits teilweise Rechnung trägt.

Eine vollständige Dezentralisierung ökonomischer Entscheidungsprozesse dürfte vor allem durch zwei Faktoren verhindert worden sein: die permanente Ueberforderung der Belegschaftsvertreter in betriebswirtschaftlichen Fragen⁴⁴⁾ und die fehlende Koordinierung der Unternehmensentscheidungen durch den Marktpreismechanismus, da die Preise größtenteils behördlich gebunden sind⁴⁵⁾. Eine Rezentralisierung der Investitionsentscheidungen, eine verstärkte behördliche Preiskontrolle und eine Einschränkung des Selbstverwaltungssystems konnten daher nicht ausbleiben⁴⁶⁾.

An die Stelle der ursprünglichen Konzeption der Alleinbestimmung der Arbeiter ist ein System der Mitbestimmung getreten, das bei der Kandidatenaufstellung und bei der Kontrolle der Unternehmensleitung durch zentralistische Tendenzen gekennzeichnet ist. Die Gewerkschaftsgruppen verfügen faktisch über ein Monopol bei der Kandidatenaufstellung für die Arbeiterräte. Daher drängt sich die Schlussfolgerung auf, daß der faktische Einfluß der jugoslawischen Arbeiter auf die Unterneh-

mensleitung zumindest nicht größer ist als der entsprechende innerbetriebliche Einfluß der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Vor allem gegenüber der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie läßt sich ein deutliches Defizit der jugoslawischen „Selbstverwaltung“ feststellen.

Auch die jugoslawischen Unternehmen haben der Tatsache Rechnung getragen, daß unmittelbare Selbstverwaltung in größeren ökonomischen Einheiten und eine Delegation von Entscheidungskompetenzen an gewählte Gremien und an das Management unumgänglich ist, sofern ein Mindestmaß ökonomischer Leistungsfähigkeit gewährleistet sein soll⁴⁷⁾. Ursprünglich als ein nach den Prinzipien des Räte-systems organisiertes syndikalistisches Modell konzipiert, hat sich das jugoslawische System de facto zu einer Form des „Managersozialismus“ entwickelt⁴⁸⁾. Der Widerspruch zwischen zentraler Leitung und lokaler Autonomie, zwischen kollektiver Leitung und Einmannführung, zwischen direktdemokratischen Entscheidungsmechanismen und zentraler Planung und Koordination hat sich ebenso wie in den kommunistischen Staaten Osteuropas als unauflösbar erwiesen — wenn auch in einem anderen organisatorischen Rahmen.

II. Das Apathieproblem

1. Intensität der Partizipation

Die Apathie- und Kontrollprobleme direktdemokratischer Organisationsmodelle können in vielen sozialistischen Organisationen festgestellt werden⁴⁹⁾. Das gilt auch für die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung, die als ein Modell wirtschaftlicher Selbstbestimmung durch betriebliche Selbstverwaltungsorgane

angesehen wird. Auch hier nimmt das Arbeitskollektiv nur in wenigen Fällen unmittelbaren Anteil an der Unternehmensleitung⁵⁰⁾ und an der Unternehmensorganisation, die weiterhin hierarchisch strukturiert ist⁵¹⁾. In den jugoslawischen Arbeiterräten haben sich darüber hinaus stabile Partizipationsdifferenzen herausgebildet. Empirische Analysen der sozioökonomischen Zusammensetzung der jugoslawischen

⁴⁴⁾ Vgl. H. Apel, Ist das jugoslawische Modell ein Vorbild?, in: Der Volkswirt, 24. Jg., Nr. 19, 8. Mai 1970, S. 39.

⁴⁵⁾ Vgl. hierzu den Beitrag von H. Raupach, in: Westdeutsches Fernsehen, HA Wissenschaft und Erziehung, Varianten im Sozialismus — Zur Ökonomie unserer östlichen Nachbarn — Folge 6: Das jugoslawische Experiment, Köln 1969, hektographiertes Manuskript, S. 22.

⁴⁶⁾ Vgl. Jugoslawien — Auf dem Weg zum „offenen System“, in: Der Volkswirt, 24. Jg., Nr. 10, 6. März 1970, S. 39; vgl. ferner F. Cerne, Demokratisierung der Wirtschaftspolitik in Jugoslawien, in: A. F. Utz, H. B. Streithofen (Hrsg.), Demokratie und Mitbestimmung, Stuttgart 1970.

⁴⁷⁾ Vgl. E. Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, Frankfurt a. M. 1953³, S. 117 bis 121; H. Roggemann, a. a. O., S. 73 und 89.

⁴⁸⁾ Vgl. hierzu die von Wiles entwickelte Systematik der Eigentümer- und Koordinationsmodelle, insbesondere die Modelle III und VII (J. P. D. Wiles, The Political Economy of Communism, Oxford 1964, S. 4 und 10). Nach Stojanović darf sozialistische Demokratie nicht mit vollständiger Dezentralisierung gleichgesetzt werden: „Wenngleich die sozialistische Demokratie zweifelsohne einen hohen Grad an unmittelbarer und dezentralisierter Beschlussfassung voraussetzt, kann sie Vermittlung und Zentralisierung doch nicht ausschließen.“ (S. Stojanovic, Kritik und Zukunft des Sozialismus, München 1970, S. 101).

⁴⁹⁾ Vgl. H. Schellhoss, Apathie und Legitimität, München 1967; vgl. ferner A. Hegedus, Sociological problems of the social management, Siofok 1967.

⁵⁰⁾ Vgl. H. Schleicher, a. a. O., S. 179.

⁵¹⁾ Vgl. E. Michel, a. a. O., S. 117 ff.

Arbeiterräte haben ergeben, daß die qualifizierten Arbeitnehmer überdurchschnittlich in den Arbeiterräten vertreten sind, während die niedrigeren Qualifikationsgruppen deutlich unterrepräsentiert sind ⁵²⁾.

Tabelle 1

Arbeitnehmerrepräsentation im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung ⁵³⁾

Qualifikationen	Arbeitskollektiv %	Arbeiter- rat %	Verwaltungs- ausschuß %
Arbeiter insgesamt	29,1	76,3	66,1
Hochqualifizierte	7,0	13,1	15,8
Qualifizierte	20,8	39,7	35,5
Halbqualifizierte	20,1	15,0	10,1
Nicht Qualifizierte	21,2	8,5	4,7
Angestellte insgesamt	20,9	8,5	33,9
Hohe Fachausbildung	3,3	3,0	7,6
mittlere Fachausbildung	8,1	10,9	15,3
niedrigere Fachausbildung	6,8	8,9	10,5
Aushilfs- angestellte	2,7	0,9	0,5

Die überdurchschnittliche Beteiligung der qualifizierten Arbeitnehmer deutet auf eine entsprechende innerbetriebliche Machtposition dieser Gruppe hin, die vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen ist: Einmal achten die Gewerkschaften bei der Nominierung der Kandidaten auf eine ausreichende berufliche Qualifikation. Zum andern kennzeichnet die qualifizierten Arbeitnehmer auch in den außerbetrieblichen Tätigkeitsbereichen (kulturelle Verbände, soziale Organisationen etc.) ein höheres Maß an Aktivität. Außerdem entspricht dem Qualifikationsgefälle innerhalb der Arbeitnehmerschaft ein Bildungsgefälle, das die bereits bestehenden Differenzen beruflicher,

⁵²⁾ Vgl. H. Schleicher, a. a. O., S. 327 ff.

⁵³⁾ H. Roggemann, a. a. O., S. 119.

sozialer und politischer Aktivität noch weiter verstärkt. Während mehr als ein Drittel aller jugoslawischen Arbeitnehmer der Kategorie der unqualifizierten Arbeitskräfte zugerechnet werden muß, sind diese in den Arbeiterräten mit weniger als 10% repräsentiert. In den Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen der Selbstverwaltungsorgane sind diese Partizipationsdifferenzen noch größer: Im Verhältnis zu den halbqualifizierten sind die hochqualifizierten Arbeitnehmer an den Beratungen und Entscheidungen der Arbeiterräte durchschnittlich um das 39fache stärker beteiligt ⁵⁴⁾.

Infolgedessen gibt es in den Gewerkschaften bereits intensive Diskussionen darüber, ob die Selbstverwaltungsgremien nur die aktiveren oder alle Arbeiter repräsentieren. Wie sozial-empirische Analysen der Ursachen unterschiedlicher Partizipationsbereitschaft ergeben haben, hängt die Bereitschaft der Arbeiter zur Mitarbeit in den Selbstverwaltungsgremien vor allem von ihrer Zufriedenheit mit den allgemeinen Arbeitsbedingungen ab, wobei erhöhte Partizipation diese Zufriedenheit verstärkt ⁵⁵⁾. Frustrationen entstehen dadurch, daß auch bei den Mitgliedern der Arbeiterräte das wahrgenommene Partizipationsniveau dem Partizipationsanspruch nicht gerecht wird ⁵⁶⁾. Eine wichtige Ursache dieser Diskrepanz dürfte darin zu sehen sein, daß sich das Management des Unternehmens, wie eine vergleichende Studie von Kolaja am Beispiel zweier Unternehmen ergeben hat, auf den Sitzungen des Arbeiterrates viel häufiger zu Wort meldet und seine Vorschläge öfter durchsetzt als das nicht dem Management zuzurechnende Personal ⁵⁷⁾.

Trotz umfangreicher Selbstverwaltungsrechte zeigen sich viele Arbeitnehmer gegenüber den Problemen der Unternehmenspolitik apathisch: Mitglieder des Arbeiterrates, die an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, berichten nur wenig über ihre Tätigkeit in der Selbstverwaltung, an der sich die übrigen Arbeiter wenig interessiert zeigen ⁵⁸⁾. Durch diese geringe Partizipationsbereitschaft wird das Selbstverwaltungs-

⁵⁴⁾ Vgl. G. Lemán, *Ungelöste Fragen...*, a. a. O., S. 24.

⁵⁵⁾ Vgl. J. Obradović, J. R. P. French, W. L. Rogers, *Workers' Council in Yugoslavia. Effects on Perceived Participation and Satisfaction of Workers*, in: *Human Relations. A Journal of Studies towards the Integration of the Social Sciences*, vol. 23, Nr. 5, October 1970, S. 459—471.

⁵⁶⁾ Vgl. dieselben, a. a. O., S. 469 f.

⁵⁷⁾ Vgl. J. Kolaja, *Workers' Councils*, a. a. O., S. 20 ff.

⁵⁸⁾ Vgl. ders., a. a. O., S. 71.

prinzip vor allem in den größeren Unternehmen zwangsläufig „restricted to some extent“⁶⁰⁾ — zugunsten einer nur periodischen Beteiligung an Entschließungsprozessen. Die geringe Aktivität der wenig qualifizierten Arbeiter und die unzulänglichen Sachkenntnisse der Mitglieder des Arbeiterrates machen diesen bisweilen zu einem Diskussionsforum für den Direktor und die technischen und kaufmännischen Leiter⁶¹⁾.

Die Ämter der Selbstverwaltungsorgane rotieren nicht im gesamten Arbeitskollektiv, sondern innerhalb einer kleinen Gruppe, die den übrigen Arbeitern an Information und Qualifikation überlegen ist⁶²⁾. Auch in den letzten Jahren hat die Teilnahmeintensität großer Teile der Arbeiterschaft nicht nennenswert zugenommen, wie die Bereitschaft der Arbeiter zur Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen und der Grad der Ämterrotation zeigen⁶³⁾.

In den meisten Betrieben liegt die Zahl der Kandidaten für den Arbeiterrat nur unwesentlich über der Zahl der zu besetzenden Plätze. „Gegenwärtig scheint Partizipation mehr die Möglichkeit und Apathie, mehr die Wirklichkeit der Arbeiterselbstverwaltung zu kennzeichnen.“⁶⁴⁾

Nach einer in 111 slowenischen Industrie- und Bergbaubetrieben durchgeführten Umfrage interessieren sich die Arbeiter in den Unternehmen vor allem für Informationen über die Entwicklung ihres persönlichen Einkommens (72 %), das Unternehmensergebnis (61 %) und Sozialleistungen (40 %) — aber kaum für die Arbeit der Selbstverwaltungsorgane (5 %) ⁶⁵⁾.

Dieses Desinteresse bezeichnen Sweezy und Hubermann als eine zwangsläufige Erscheinung; denn es würden keine überzeugenden Anstrengungen unternommen, statt materieller Anreize immaterielle Anreize durch sozialisti-

sche Erziehung und Propaganda stärker zu betonen⁶⁶⁾. Infolgedessen reproduziere das jugoslawische Erziehungssystem alte Wertmuster und begünstige dadurch die „Privatisierung“ der Arbeiter, die sich nur noch für den Konsum, nicht aber für die gesellschaftlichen Belange der Selbstverwaltung interessierten. Dieser Erklärungsansatz verrät zunächst eine Partizipationsnorm, die nur durch totalitäre Indoktrination erfüllt werden kann und übergeht die eigentlichen Ursachen für die geringe Teilnahmeintensität: unzureichende Qualifikation für eine Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen, lange Anfahrtswege zwischen Arbeitsplatz und Wohnung und vor allem Nebenbeschäftigungen zur Erzielung zusätzlichen Einkommens. Der Forderung nach intensiver Partizipation wird auch in Zukunft das komplexe Rollengefüge einer Industriegesellschaft entgegenstehen.

Aus diesen Gründen kommen die direktdemokratischen Organisationselemente im System der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung „nur sehr mittelbar“⁶⁶⁾ zum Ausdruck und demonstrieren selbstelektive Tendenzen in Räteorganisationen.

2. Grenzen direktdemokratischer Partizipation im Unternehmen

Unter Berufung auf das „jugoslawische Modell“ werden auch in westlichen Industriegesellschaften Forderungen nach rätendemokratischer Leitung von Betrieben mit erweiterten Möglichkeiten direktdemokratischer Partizipation begründet. Drei Annahmen liegen dieser Forderung zugrunde⁶⁷⁾:

1. Die durch hohe Produktivitätsfortschritte ermöglichte zeitweilige Freisetzung der Arbeitstätigkeit biete bisher unbekannt Möglichkeiten der Weiterbildung und könne dadurch Wissensunterschiede zwischen Management und Arbeiterschaft beseitigen.
2. Die Arbeitstätigkeit könne durch Verzicht auf „künstlich“ geweckten Konsum auf die Befriedigung „wahrer“ Bedürfnisse reduziert werden.

⁶⁰⁾ M. Mesarić, *The Impact of Automation on the Organization and Management of the Socialist Undertaking (under Conditions of Workers' Self-management)*, Zagreb 1970, S. 15.

⁶¹⁾ Vgl. G. Lemán, *Ungelöste Fragen . . .*, a. a. O., S. 23; D. Meier, a. a. O., S. 43.

⁶²⁾ Vgl. H. Huss, a. a. O., S. 106.

⁶³⁾ Entsprechend gering ist auch die Beteiligung an den Versammlungen der Gewerkschaften: 70 % der Teilnehmer melden sich niemals zu Wort, Vgl. hierzu B. Kavcic, *The Employees' Estimates, Opinions and Attitudes Concerning Labour Unions*, in: *Revue Internationale de Sociologie, Serie II*, vol. V, 1969, Nr. 2, S. 117 f.

⁶⁴⁾ H. Huss, a. a. O., S. 118.

⁶⁵⁾ Vgl. J. Paj, *Forms of Organization of Workers' Self-Management and its Functioning*, in: D. Gorupić, J. Paj, *Workers' Self-Management in Yugoslav Undertakings*, Zagreb 1970, S. 131.

⁶⁶⁾ Vgl. L. Hubermann, P. M. Sweezy, *Peaceful Transition from Socialism to Capitalism?*, in: *Monthly Review*, vol. 15, Nr. 11, 1964, S. 579 f.

⁶⁷⁾ H. H. Wolter, *Die Entwicklung der kommunistischen Bewegung Jugoslawiens*, a. a. O., S. 102.

⁶⁸⁾ Vgl. G. A. Ritter, G. C. Behrmann, A. Hahn, *Rätesystem*, in: *Staatslexikon, Freiburg 1970*, Bd. 11, S. 48.

3. Durch technische Hilfsmittel (Computer etc.) könne in speziellen innerbetrieblichen Entscheidungssituationen das erforderliche Maß fachlicher Kompetenz verringert werden.

Diesen Annahmen sind jedoch mehrere Einwände entgegenzuhalten, die durch die Intensität der Partizipation im jugoslawischen Selbstverwaltungssystem bestätigt werden:

- zu 1) Die für die Zukunft erforderlichen beruflichen Qualifikationen erfordern größere zusätzliche Spezialkenntnisse, so daß die auf dieser Spezialisierung beruhenden Wissensunterschiede auch bei wachsendem durchschnittlichen Wissensniveau nicht automatisch aufgehoben werden.
- zu 2) Da alle Bedürfnisse im sozialkulturellen Prozeß vermittelt werden, ist jede Trennung zwischen „wahren“ und „künstlichen“ Bedürfnissen willkürlich⁶⁸⁾. Jede Einschränkung des Bedarfs auf „wahre“ Bedürfnisse wäre ohne zusätzliche Zwangsmittel nicht durchzusetzen.
- zu 3) Die Komplexität betriebswirtschaftlicher Vorgänge bedingt zwangsläufig komplizierte Entscheidungssituationen. Technische Hilfsmittel können hier nur in geringem Umfang entlastend wirken.

Beschränken sich die Arbeiterräte dagegen darauf, dem Management bestimmte Richt-

linien für die Unternehmenspolitik vorzuschreiben, bleibt das Kontrollproblem zumindest bei der Anwendung dieser Richtlinien ungelöst.

Auch die Schöpfer der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung waren davon ausgegangen, daß ein stabiles Selbstverwaltungssystem die individuellen und kollektiven Interessen der Bürger harmonisieren würde⁶⁹⁾. Daß diese Erwartung trügerisch war, wird inzwischen auch von jugoslawischen Gewerkschaftlern eingesehen: „Das gesellschaftlich-wirtschaftliche System nach der Reform hat den Prozeß der Bildung einer sozialen Differentiation beschleunigt und begünstigt.“⁷⁰⁾

Viele Arbeiter zeigen mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftsreform, verhalten sich passiv und wenden sich auch von den Gewerkschaften ab. In den Arbeiterräten dominieren Arbeiter mit besserer Ausbildung und höherer fachlicher Qualifikation, während Arbeiter mit geringer beruflicher Qualifikation — vor allem aus der Produktion — in den Selbstverwaltungsgremien erheblich unterrepräsentiert sind⁷¹⁾. Diese Differenzierung wird damit begründet, daß sie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt fördere, der durch jeden „Egalitarismus“ beeinträchtigt werde⁷²⁾. Jugoslawische Soziologen vertreten die Auffassung, das „Gleichheitssyndrom“, d. h. die Forderung nach einer egalitären Verteilung von Einkommen, sozialer Macht und sozialem Prestige sei dysfunktional für die jugoslawische Gesellschaft, da sich diese immer mehr auf eine Industriegesellschaft zuentwickle⁷³⁾.

III. Bürokratisierungstendenzen

1. Machtposition des Managements

Bürokratisierungstendenzen hat sich auch das jugoslawische System der Arbeiterselbstverwaltung nicht entziehen können. Gerade die weitgehende Delegation von Verwaltungsaufgaben an Unternehmensleitung und Verwaltungsausschuß entsprechend der Verfassungsreform vom 26. Dezember 1968 hat die Macht-

position des Managements zu Lasten der Selbstverwaltungsorgane erheblich gestärkt⁷⁴⁾. Die Festigung der von der Unternehmensver-

⁶⁸⁾ Vgl. P. Meyer-Dohm, Bemerkungen zur Konsumkritik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1960, Bd. 5, S. 169 ff.; J. Habermas, Konsumkritik — eigens zum Konsumieren, in: Frankfurter Hefte, 12. Jg., 1957, S. 641 ff.; O. W. Haseloff, Sozialpsychologisches zur These von der gegängelten Gesellschaft, in: Th. W. Adorno, H. Albert u. a., Soziologie zwischen Theorie und Empirie, hrsg. von Willy Hochkeppel, München 1970, S. 179.

⁶⁹⁾ Vgl. P. Kovac, Développement de l'Autogestion en Yougoslavie, Beograd 1961, S. 6.

⁷⁰⁾ V. Vodopivec, Die Gewerkschaften im jugoslawischen System der Selbstverwaltung, a. a. O., S. 404.

⁷¹⁾ Vgl. E. Blum, Workers' Management of an Enterprise and its Direktor, in: Socialist Thought and Practice, No. 38, January-March 1970, S. 31; Paj, Empirical Investigation of the Development of Workers' Management and of the Behaviour of Workers Performing Managerial Functions, in: D. Gorupić, J. Paj, Workers' Self-Management in Jugoslav Undertakings, Zagreb 1970, S. 198.

⁷²⁾ Vgl. V. Vodopivec, Die Gewerkschaften ... a. a. O., S. 404 f.

⁷³⁾ Vgl. J. Zupanov, Egalitarizam i Industrijalizam, in: Sociologija, Jhg. 12, Beograd 1970, Heft 1, S. 45.

⁷⁴⁾ Vgl. H. Roggemann, a. a. O., S. 25.

waltung eingenommenen Machtstellung kommt auch darin zum Ausdruck, daß das ansonsten für die personelle Besetzung der Selbstverwaltungsorgane obligatorische Rotationsprinzip für den Direktor nicht gilt.

Direktor, Management und Verwaltungsausschuß sind Kern einer neuen Betriebshierarchie, der zahlreiche Mittel zur Verfügung stehen, um eine starke Betriebsdisziplin zu sichern⁷⁵⁾. So untersteht nicht nur die Planung, sondern auch das Rechnungswesen als wichtiges Instrument innerbetrieblicher Kontrolle der Unternehmensleitung. „Die Zentralisierung des Rechnungswesens in dezentralisierten Unternehmen versteht sich von selbst, da dem Objekt der Kontrolle nicht das Kontrollinstrument überlassen werden darf.“⁷⁶⁾

Diese Machtkonzentration hat sich nachhaltig auf die Maßstäbe der innerbetrieblichen Personalpolitik ausgewirkt und Vetternwirtschaft, willkürliche Entlassung von Arbeitnehmern und die Anwendung weiterer Druckmittel zur Folge gehabt. Dadurch wurde das Selbstverwaltungssystem erheblich diskreditiert. Zur Verhinderung einer autonomen Stabilisierung und Expansion des Verwaltungsapparates größerer Unternehmen reicht die Institutionalisierung von Selbstverwaltungsorganen nach den jugoslawischen Erfahrungen nicht aus.

Während Umbesetzungen der Unternehmensspitze zur Zeit des Etatismus, als der Direktor Staatsbeamter und den Planbehörden verantwortlich war, relativ häufig waren, hat sich die Position der Unternehmensleiter nach Einführung der Selbstverwaltung und nach dem Erlaß der Qualifikationsvorschriften für die Direktorenstelle zunehmend stabilisiert⁷⁷⁾. Der nach der Verfassungsrevision von 1968 in mehreren Betrieben einberufene Geschäftsausschuß, der sich aus dem Direktor, den Abteilungsleitern und einigen Spezialisten zusammensetzt und für die Unternehmensplanung zuständig ist, vertieft die Distanz zwischen Arbeitern und Management und stellt das ideologische Ziel der Entprofessionalisierung des Managements noch mehr in Frage⁷⁸⁾. Von

jugoslawischen Arbeitsrechtlern wird daher nicht ohne Grund die Auffassung vertreten, die jugoslawischen Manager verfügten de facto über größere Entscheidungskompetenzen als die Manager in Unternehmen der Bundesrepublik.

Bei einer Repräsentativumfrage in 23 jugoslawischen Unternehmen wurde den Arbeitern die Frage gestellt: „Welches Organ sollte Ihrer Meinung nach für die Arbeit und Entwicklung des Unternehmens am meisten verantwortlich sein?“ Mehr als zwei Drittel der Befragten (69,2 %) ordneten diese Verantwortlichkeit dem Führungspersonal des Unternehmens und nur etwa ein Fünftel den Selbstverwaltungsorganen zu⁷⁹⁾. Die Normen der Selbstverwaltungskonzeption sind somit von den Arbeitern nicht internalisiert worden: Die Arbeiter äußerten sogar, Manager und Experten sollten noch mehr Einfluß ausüben, als sie bereits haben, zugleich sollte aber auch ihre Kontrolle durch den Arbeiterrat verbessert werden.

Aufgrund der starken Position des Managements entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Verwaltung, Unternehmensleitung und Selbstverwaltungsorganen⁸⁰⁾. Der „Dualismus der Arbeitsorganisation“⁸¹⁾ (Arbeiterrat-Direktor) zeigt, daß die „Bürokratisierung des wirtschaftlichen Lebens“ auch in einer sozialistischen Marktwirtschaft eine „reale Gefahr“⁸²⁾ darstellt.

Der Bürokratismus wird von Beobachtern der jugoslawischen Unternehmensentwicklung für Streiks in verschiedenen Betrieben verantwortlich gemacht, die sich gegen die „bürokratischen Zentren der gesellschaftlichen Macht“⁸³⁾ richteten. Auch die Sprecher des Bundes der Kommunisten richteten heftige Angriffe gegen die „Technokraten“ in den Indu-

⁷⁵⁾ Vgl. M. Kamusic, a. a. O., S. 100 ff.

⁸⁰⁾ Vgl. J. Maksimović, *The Economic System and Workers' Self-Management in Yugoslavia*, in: M. J. Broekmeyer, (Hrsg.), *Yugoslav Workers' Self-Management*, Dordrecht 1970, S. 148.

⁸¹⁾ J. Obradović, J. R. French, W. L. Rogers, a. a. O., S. 461.

⁸²⁾ O. Lange, *On the Economic Theory of Socialism*, in: B. Lippincott, (Hrsg.), *On the Economic Theory of Socialism*, Minneapolis 1938, S. 109; vgl. auch A. Bergson, *Market Socialism Revisited*, in: *The Journal of Political Economy*, vol. 75, Nr. 5, October 1967, S. 655–673.

⁸³⁾ N. N., *Streik und Arbeiterselbstverwaltung*, in: *Osteuropa*, 20. Jg., Februar 1970, Heft 2, S. A 131; vgl. ferner F. Petrone, *Warum Streiks in Jugoslawien?*, in: *Wiener Tagebuch*, Heft 1/2, Januar/Februar 1970, S. 26.

⁷⁶⁾ Vgl. H. Schleicher, a. a. O., S. 436 f.

⁷⁷⁾ G. Lemán, *Stellung und Aufgaben . . .*, a. a. O., S. 131.

⁷⁸⁾ Vgl. H. Huss, a. a. O., S. 60.

⁷⁹⁾ Vgl. G. Lemán, *Eine wichtige Änderung der Selbstverwaltung in den jugoslawischen Betrieben (Verfassungsergänzung XV)*, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, 15. Jg., Heft 1, März 1970, S. 47 f.; Deleon (*L'Ouvrier Yougoslave . . .*, a. a. O., S. 76) spricht von „Technokratismus“ in den jugoslawischen Unternehmen.

strieunternehmen⁸⁴⁾ — ein Indiz für die gefestigte Führungsposition der Manager, die längst getroffene Entscheidungen den Selbstverwaltungsorganen zur eigenen Absicherung nur noch „unterschieben“⁸⁵⁾.

Die Unternehmensleitung kann die Entscheidung des Arbeiterrates durch die Erstellung eines oder mehrerer Gutachten, in denen dem Rat eine bestimmte Entscheidung empfohlen oder auf indirekte Weise nahegelegt wird, nachhaltig beeinflussen⁸⁶⁾. Diese Einflußmöglichkeit wiegt um so schwerer, als den meisten Mitgliedern der Arbeiterräte das nötige Fachwissen fehlt, um an den Empfehlungen der Gutachten Kritik zu üben, und die Beteiligung an den Diskussionen im Arbeiterrat infolgedessen sehr gering ist. Die Stellung des Managements wird auch dadurch gestärkt, daß die Arbeiter über ihre Selbstverwaltungsrechte häufig nicht genügend informiert sind⁸⁷⁾ und die Selbstverwaltungsorgane kleinere Verstöße des Direktors gegen ihre Beschlüsse nicht revidieren können. Bei Entscheidungen über Beschaffungs-, Investitions-, Organisations-, Planungs- und Absatzprobleme werden die durch Fachkenntnis gestützten Empfehlungen der Manager von den Selbstverwaltungsorganen fast immer angenommen, und die Mitglieder der Arbeiterräte tragen höchstens geringfügige Änderungswünsche vor. Ihre Entscheidungsrechte sind, abgesehen von der Mitsprache der Belegschaft im Bereich betrieblicher Sozialpolitik, weitgehend nur formaler Natur⁸⁸⁾. Die von jugoslawischen Autoren geäußerte Erwartung, die Kompetenzen der Selbstverwaltungsorgane würden „gradually transform all the workers into appropriate managers“⁸⁹⁾ und so den traditionellen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beseitigen, hat sich nicht erfüllt.

Zwar ist eine Rückentwicklung des jugoslawischen Systems zum Etatismus rigoroser Zentralplanung und zentraler Interventionen nach Ansicht jugoslawischer Beobachter nicht zu

erwarten⁹⁰⁾, aber in den ökonomischen Einheiten besteht schon jetzt ein Dualismus von politischer Bürokratie und ökonomischer Selbstverwaltung, der die Partizipationschancen der Arbeitnehmer einschränkt und eine bürokratische Unternehmensführung begünstigt⁹¹⁾. Dieser ungelöste Widerspruch zwischen Etatismus und Selbstverwaltung hat zumindest insoweit eine Abweichung des jugoslawischen Systems von räteorganisatorischen Systemelementen zur Folge, als direktdemokratische Kontrollkompetenzen der Arbeitnehmer in den Betrieben zugunsten der Stabilität und Autonomie der Unternehmensverwaltung aufgehoben oder doch zumindest erheblich eingeschränkt worden sind⁹²⁾.

Gegen diese Konzeption, vor allem aber gegen die Verfassungsergänzung XV aus dem Jahre 1968, die dem Management durch Funktionsverlagerung vom Arbeiterrat zur Unternehmensleitung große Vollmachten einräumt, haben Gewerkschaften und Verwaltungsbürokratie immer wieder Stellung bezogen⁹³⁾. Dennoch ist das Selbstverwaltungssystem des „Managersozialismus“ bisher vom jugoslawischen Parlament nicht revidiert worden. In den jugoslawischen Unternehmen wird daher in Zukunft die Bürokratisierung von Entscheidungen weniger durch den staatlichen Verwaltungsapparat als durch das Management herangerufen werden.

2. Gewaltenteilung und innerbetrieblicher Interessenausgleich

Bezeichnenderweise sind auch in das jugoslawische System Verfahrensregeln und Rechtsschutzformen eingefügt worden, mit denen die Selbstverwaltung rechtlich abgesichert und Willkürentscheidungen der Selbstverwaltungsorgane verhindert werden sollen. In Jugoslawien hat man früher als in andere sozialistischen Ländern erkannt, daß die räte-demokratische Maxime der Gewalteneinheit allein nicht genug für den wirksamen Schutz verletztter individueller und gesellschaftlicher Rechte des einzelnen ... zu leisten vermag.⁹⁴⁾

⁸⁴⁾ Vgl. Borba, Zagreb, 9. Januar 1970, S. 5. Diese Kritik beruht auf den Vorstellungen des BdKJ von sozialistischer Demokratie. Vgl. E. Kardelj, *Socialist Democracy*, Belgrad 1952, S. 27.

⁸⁵⁾ K. H. Jäger, a. a. O., S. 64; vgl. auch J. Kolaja, a. a. O., S. 20 ff.

⁸⁶⁾ Vgl. D. Meier, a. a. O., S. 42 f.

⁸⁷⁾ Vgl. A. Meister, *Socialisme et autogestion*, Paris 1964, S. 91.

⁸⁸⁾ Vgl. H. Raupach, a. a. O., S. 235.

⁸⁹⁾ M. Todorović, *Self-management — Historical Aspiration of the Working Class*, in: *Socialist Thought and Practice*, No. 41, October-December 1970, S. 46.

⁹⁰⁾ Vgl. F. U. Fack, *Tücken der Selbstverwaltung*, a. a. O., S. 17.

⁹¹⁾ Vgl. P. Klinar, *Probleme der Selbstverwaltung in Jugoslawien*, a. a. O., S. 4.

⁹²⁾ Vgl. H. H. Wolter, *Die Entwicklung der kommunistischen Bewegung Jugoslawiens*, a. a. O., S. 97.

⁹³⁾ Vgl. Arbeiterräte behalten ihre eigene Verwaltung, in: *Die Welt*, 25. Juni 1970; Betriebsführung in Jugoslawien, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Februar 1970, S. 12.

⁹⁴⁾ H. Roggemann, a. a. O., S. 103.

Der Rechtsschutz der Arbeitnehmer gilt für den innerbetrieblichen Bereich ebenso wie für den Rechtsweg von den ordentlichen Gerichten bis zum Bundesverfassungsgericht. Im Unternehmen haben die Arbeitskollektive Organe einzurichten, die den Arbeitern die Wahrnehmung ihrer Selbstverwaltungsrechte ermöglichen sollen. Auf die innerbetriebliche Beilegung eines Streites brauchen die Arbeiter aber nicht zu warten, sondern können sich gleichzeitig bei der Gemeindeverwaltung beschweren. Darüber hinaus verbleibt ihnen die ordentliche Gerichtsbarkeit als weitere Instanz. Verletzungen des Rechts auf Selbstverwaltung können vor die Verfassungsgerichte gebracht werden — eine Möglichkeit, die nicht nur formaler Natur ist, da in Jugoslawien im Gegensatz zu allen anderen kommunistischen Staaten eine relativ selbständige Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit besteht. Arbeitskollektive und Verwaltungsorgane können sich an die Verfassungsgerichte wenden. Obwohl solche Rechtsstreitigkeiten bisher selten waren, wird die eigenständige Entscheidungskompetenz doch dadurch unterstrichen, daß die Verfassungsgerichte Maßnahmen staatlicher Behörden wiederholt aufgehoben haben.

Dennoch sollte die Position des Bundesverfassungsgerichts nicht überschätzt werden. Denn seine Aufgabe, die Selbstverwaltungsrechte zu schützen, hat das Gericht bisher nicht wahrgenommen. Zwar gab es 3243 Fälle der Verletzung dieser Grundrechte, aber das Verfassungsgericht mußte sich als unzuständig bezeichnen, da es von seiner Rechtsprechungskompetenz nur dann Gebrauch machen kann, wenn eine Rechtssicherung durch andere Gerichte nicht möglich ist. Damit hat der Gesetzgeber eine Rechtsprechung des Verfassungsgerichts zur Arbeiterselbstverwaltung praktisch ausgeschlossen⁹⁵⁾.

Vielfältige gesetzliche Sanktionen sollen Verstöße gegen die Selbstverwaltungsrechte der Arbeiter verhindern⁹⁶⁾. Diesem Ziel dient auch die innerbetriebliche Arbitrage als Unternehmensschiedsgericht, das Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Einheiten des Selbstverwaltungssystems regeln soll. Entscheidet die Arbitrage gegen den Gesamtarbeiterrat und beharrt dieser auf seinem Standpunkt, entscheidet ein Referendum, an dem sich die Urwähler auf betrieblicher Basis beteiligen können.

Das System der Konfliktregelung in der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung beruht somit auf zwei völlig verschiedenen Strukturprinzipien: der direktdemokratischen Konzeption des Rätensystems, die in der letzten Entscheidungsbefugnis der Urwählerschaft bei innerbetrieblichen Interessenkonflikten zum Ausdruck kommt, und dem Prinzip der Gewaltenteilung als normativer Grundlage einer selbständigen Verfassungsgerichtsbarkeit. Diese Aufspaltung der Kontrollfunktionen soll einerseits ein Mitspracherecht der Arbeitnehmerschaft gewährleisten, auf der anderen Seite aber Kontrollfunktionen zur Vermeidung bürokratischer Herrschaftsformen von staatlichen und wirtschaftlichen Behörden auf Gerichte verlagern. Ob dieses komplizierte System des Interessenausgleichs überhaupt funktionsfähig ist, muß sich noch erweisen, obwohl jugoslawische Ökonomen es bereits jetzt als „totegeborenes Kind“ bezeichnen⁹⁷⁾. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß das System der Arbeiterselbstverwaltung dem rätendemokratischen Prinzip der Gewaltenteilung eine eindeutige Absage erteilt und das Gewaltenteilungsprinzip zumindest in Form einer unabhängigen Gerichtsbarkeit in Jugoslawien eine Renaissance erlebt hat.

IV. Machtkontrolle im Unternehmen

1. „Recall“ und Rotationsprinzip als Kontrollinstrumente

Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung beruht zwar auf dem Prinzip, den Arbeitskollektiven die größten Einflußmöglichkeiten auf die Unternehmenspolitik zu verschaf-

fen, will aber durch ein genau umrissenes System der Kompetenzabgrenzung zwischen Arbeitskollektiv, Arbeiterrat, Verwaltungsausschuß und Direktor eine kontinuierliche Arbeit der Selbstverwaltungsorgane gewährleisten. Nach § 3 Abs. 2 des „Grundgesetzes über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe und höheren Wirtschaftsverbände

⁹⁵⁾ Vgl. N. Djurisić, Experience of the Constitutional Court of Yugoslavia, in: Osteuropa-Recht, 16. Jg., Heft 3, September 1970, S. 188.

⁹⁶⁾ Vgl. auch H. Schleicher, a. a. O., S. 201 ff.

⁹⁷⁾ Vgl. H. Roggemann, a. a. O., S. 107.

durch die Arbeitskollektive" besitzt das Arbeitskollektiv das Recht, den gesamten Arbeiterrat oder einzelne seiner Mitglieder vor dem regulären Ablauf der Mandatszeit abzuwählen. Wann es von dieser Möglichkeit des „Recall“ Gebrauch macht, bleibt ihm überlassen, zumal die Technik der vorzeitigen Abberufbarkeit von Mitgliedern des Arbeiterrates bisher nicht gesetzlich geregelt worden ist. Vom Gesetzgeber wird das Abberufungsrecht analog dem Wahlrecht interpretiert. Ob die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden soll oder ob zur Abberufung die Stimmenmehrheit aller Kollektivmitglieder erforderlich ist, hängt von der jeweils gültigen Betriebsordnung ab.

Voraussetzung für eine Abberufung ist im allgemeinen eine Wahlbeteiligung von mindestens 50 %. Trotz der gesetzlichen Kodifizierung des Abberufungsrechts zeigt die jugoslawische Unternehmenspraxis, daß der „Recall“ „kein adäquates Interventionsmittel gegen geringfügigere Abweichungen von den Grundlinien der Betriebspolitik durch die ausführenden Organe“⁹⁸⁾ darstellt, sondern nur bei tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitskollektiv und Selbstverwaltungsorganen überhaupt in Erwägung gezogen wird. Direktor und Verwaltungsausschuß haben sich einen so weiten Kompetenzbereich abstecken können, daß die notwendige Kompetenzvoraussetzung zur Wahrnehmung des Abberufungsrechts fehlt⁹⁹⁾. Im allgemeinen ist der Arbeiterrat gar nicht in der Lage, jede Entscheidung des Direktors oder des Verwaltungsausschusses auf ihre Übereinstimmung mit der gemeinsam beschlossenen Grundkonzeption zu überprüfen. Voraussetzung einer solchen detaillierten Kontrolle wäre ein permanent arbeitender Kontrollapparat, der dem Arbeitskollektiv und dem Arbeiterrat nicht zur Verfügung steht, im übrigen aber die Unternehmensverwaltung bürokratisch aufblähen und sich dadurch negativ auf die Unternehmensrentabilität auswirken würde.

Da diese Voraussetzung nicht gegeben ist, werden die Arbeiterräte von der Unternehmensleitung gerade bei den zentralen betrieblichen Entscheidungen immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Unternehmensspitze gibt nur solche Informationen weiter, die die bisherigen Entscheidungen zu bestätigen scheinen, und entzieht sich damit jeg-

⁹⁸⁾ H. Schleicher, a. a. O., S. 197.

⁹⁹⁾ Vgl. G. Lemán, Stellung und Aufgaben der ökonomischen Einheiten in den jugoslawischen Unternehmen, a. a. O., S. 60, 67.

licher Kontrolle des Arbeiterrates¹⁰⁰⁾. Den nach der Verfassungsänderung von 1968 gebildeten „Geschäftsausschüssen“, in denen Direktor und Unternehmensverwaltung zusammengefaßt sind, ist es in den meisten Fällen gelungen, das Unternehmen weitgehend unabhängig von den Selbstverwaltungsorganen zu führen und das Interesse des Arbeiterrates auf sozialpolitische Fragen und Probleme der Entlohnung einzugrenzen¹⁰¹⁾.

Ohnehin ist der Direktor nicht in gleichem Umfang dem Abberufungsrecht der Selbstverwaltungsorgane unterworfen wie diese dem Abberufungsrecht des Arbeitskollektivs. Denn zur Ablösung des Unternehmensleiters ist die Zustimmung politischer Instanzen erforderlich. Damit soll eine diskontinuierliche Entwicklung der Unternehmensleitung unterbunden werden — eine Regelung, die eine massive Einschränkung der dem Arbeitskollektiv und den Selbstverwaltungsorganen zur Verfügung stehenden Kontrollrechte bedeutet. Ob unter dieser Voraussetzung zu Recht überhaupt noch von „Selbstverwaltung“ gesprochen werden kann, ist fraglich, da die Selbstverwaltungsorgane konkrete Entscheidungen des Direktors nicht erzwingen oder verhindern können und die gesetzlichen Regelungen der Abberufung so weit gefaßt sind, daß die Abberufung im freien Ermessen der politischen Instanzen liegt. Die starke Position der Unternehmensleitung geht aus der Häufigkeit erfolgter Abberufungen von Direktoren deutlich hervor. 1954 wurden nach Angaben von Schleicher¹⁰²⁾ 7,6 % und 1956 9,3 % aller Direktoren abgelöst, Prozentwerte, die nicht sehr hoch sind, wenn man bedenkt, daß 1968 10 % aller Unternehmen mit Verlust arbeiteten. 1966 wurden 262 von 1369 neu ernannten Direktoren abgelöst, und im Jahre 1968 standen 421 nicht wiedergewählte Unternehmensleiter 2727 wiederernannten Direktoren gegenüber¹⁰³⁾. Damit war die Fluktuationsrate des Managements erheblich niedriger als die Rotation in den Selbstverwaltungsorganen.

Bezeichnend für den innerbetrieblichen Aktionsradius der Selbstverwaltungsorgane ist allein die Tatsache, daß bereits 1954 71 % aller abberufenen Direktoren von staatlichen

¹⁰⁰⁾ Vgl. J. G. Reißmüller, Sozialismus mit halber Marktwirtschaft — Das jugoslawische Experiment, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Mai 1970, S. 15.

¹⁰¹⁾ Vgl. H. Apel, Ist das jugoslawische Modell ein Vorbild?, a. a. O., S. 39.

¹⁰²⁾ Vgl. H. Schleicher, a. a. O., S. 420.

¹⁰³⁾ Vgl. H. Roggemann, a. a. O., S. 116, 162.

und nicht von innerbetrieblichen Organen aus ihrem Amt entfernt wurden. Soweit die Abberufung durch innerbetriebliche Instanzen ausgelöst wurde, gaben weniger die Selbstverwaltungsorgane als die Arbeitskollektive den Ausschlag, wobei offen ist, in welchem Umfang die Gewerkschaft die Kollektive mit dem Ziel der Änderung der Unternehmensspitze mobilisiert hat.

Eine der wichtigsten Kompetenzen der Arbeitskollektive ist das Recht, Selbstverwaltungsmitglieder vorzeitig abzuberufen. Auch politische Organe und die Unternehmensleiter können die Abberufung fordern. Zwar scheint die Initiative zu Abberufungen vor allem von den Selbstverwaltungsorganen und den Arbeitskollektiven auszugehen, dabei ist aber zu berücksichtigen, daß der Bund der Kommunisten Jugoslawiens und die Gewerkschaft innerhalb der Unternehmen über ihre Zellenorganisationen die Abberufung von Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane fordern und auch durchsetzen können. Wegen dieser tiefgestaffelten Eingriffsmöglichkeiten von Partei und Gewerkschaft in das Selbstverwaltungssystem der Unternehmen ist der Grad ökonomischer Machtzentralisation größer, als es der formalen Organisationsstruktur der Selbstverwaltung entspricht und aus der jugoslawischen Unternehmensstatistik hervorzugehen scheint.

Auch aus diesem Grunde ist es nicht weiter erstaunlich, daß eine kollektive Abberufung ganzer Selbstverwaltungsgremien bisher niemals vorgenommen worden ist. Solche Aktionen sind in Zukunft noch unwahrscheinlicher als zuvor, da die Verfassungsreform vom 26. Dezember 1968 das Management durch die Delegierbarkeit von Entscheidungen an Verwaltungsorgane zusätzlich gestärkt und die Selbstverwaltung entsprechend geschwächt hat.

Die im jugoslawischen Selbstverwaltungsschrifttum geäußerten Auffassungen, in den Unternehmen sei „direkte sozialistische Demokratie“¹⁰⁴⁾ verwirklicht, die es den Arbeitern ermögliche, Macht unmittelbar auszuüben und Entscheidungen direkt zu fällen¹⁰⁵⁾, entspre-

chen nicht der innerbetrieblichen Machtverteilung¹⁰⁶⁾. In den Leitungsgremien der Unternehmen ist das Rotationsprinzip so sehr eingeschränkt worden — die Wiederwahl des Direktors ist nicht begrenzt, und in den Verwaltungsausschüssen gibt es keine Beschränkung der Wiederwahl, wenn zwischen dem Ende der Mandatszeit und der Neuwahl eine zweijährige Frist verstrichen ist —, daß der Unternehmensleiter immer mehr „zu einer Art Regent der Selbstverwaltung wird“¹⁰⁷⁾. Diese Entwicklung kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich auf Ausschreibungen für die Stelle des Unternehmensleiters vielfach nur die bisherigen Direktoren als einzige Kandidaten bewerben. Die bisher nicht wiedergewählten Direktoren wären in den meisten Fällen ohnehin bald aus Altersgründen ausgeschieden. Zudem sind die den Ausschreibungen zugrundeliegenden Maßstäbe oft nur „recht allgemein und ungenau“¹⁰⁸⁾ formuliert. Damit sich nur die früheren Direktoren bewerben und auch etwaigen anderen Bewerbern mit besserer Qualifikation vorgezogen werden können, werden die Ausschreibungen den Eigenheiten der beruflichen Laufbahn der bisherigen Direktoren so angepaßt, daß hoch qualifizierte Außenseiter nicht die geringste Chance haben.

2. Unzureichende Kontrolle innerbetrieblicher Machtzentren

Von den meisten Kritikern dieser Entwicklung wird einerseits gefordert, den Einfluß des Direktors zu legalisieren, zugleich aber eine effektive Kontrolle des Managements durch den Arbeiterrat sicherzustellen¹⁰⁹⁾. Ebenso ist die Kontrolle des Arbeiterrats durch das Arbeitskollektiv verbesserungsbedürftig. Denn aufgrund der geringen Anteilnahme der Arbeiter am Betriebsgeschehen verfügt der Arbeiterrat im allgemeinen über einen erheblichen Ent-

sei. In der gleichen Diskussion stellte auch Najdan Pasić fest, daß die jugoslawischen Arbeiter noch nicht in der Lage seien, direkte Demokratie zu praktizieren (N. Pasić, *Selfmanagement as an Integral Political System*, in: M. J. Broekmeyer, a. a. O., S. 36). Indirekt wird diese Tatsache auch in den offiziellen Dokumenten zur Selbstverwaltung gegeben. Vgl. *Die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien (1950—1970)*, Beograd 1970, S. 123.

¹⁰⁷⁾ V. Vodopivec, *Das jugoslawische Prinzip der Rotation in Politik und Wirtschaft. Theorie und Praxis der Verjüngung und Erneuerung von operativem Führungspersonal in Wirtschaftsunternehmen*, Bremen 1970, S. 21.

¹⁰⁸⁾ Vgl. V. Vodopivec, a. a. O., S. 25.

¹⁰⁹⁾ Vgl. M. Kamusic, a. a. O., S. 99.

¹⁰⁴⁾ A. Deleon, *L'Ouvrier Yougoslave . . .*, a. a. O., S. 74.

¹⁰⁵⁾ Vgl. St. Kavcic, *L'Autogestion en Yougoslavie*, Beograd 1961, S. 41; P. Kovac, a. a. O., S. 5.

¹⁰⁶⁾ Vgl. hierzu den Diskussionsbeitrag von P. J. D. Wiles auf dem Amsterdamer Symposium (M. J. Broekmeyer, a. a. O., S. 35). Wiles bezeichnete direkte Demokratie auf Bundesebene als eine konservative Konzeption, die Reformen verhindere und in einem 20-Millionen-Staat nicht zu verwirklichen

scheidungsspielraum, der Verselbständigstendenzen fördert¹¹⁰). Das Instrument der derzeitigen Abberufbarkeit wird daher von den Arbeitskollektiven gegenüber den Arbeiterräten noch weniger angewandt als von den Arbeiterräten gegenüber den Verwaltungsausschüssen. Eine in Zagreb durchgeführte Untersuchung innerbetrieblicher Einflußstrukturen¹¹¹) kam zu dem Ergebnis, daß Direktoren, Fachkader und Abteilungsleiter die Meinungsbildung des Arbeiterrates etwa doppelt so stark beeinflussen wie die Arbeiter.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß es in einzelnen Betrieben entgegengesetzte Bestrebungen gibt, die darauf hinauslaufen, die Delegierten in kleineren Wahlkreisen zu wählen und ihnen konkrete Aufträge zu geben, um den Kontakt mit dem Arbeitskollektiv zu verbessern und die direkte Verantwortlichkeit der Delegierten zu sichern¹¹²). Ob diese Wiederbelebung des Imperativen Mandats Bestand haben wird, ist jedoch nach den bisherigen Erfahrungen mehr als fragwürdig: Referenden als wirksamste Form direkter Entscheidungsfindung durch Arbeitskollektive wurden 1967 nur in 11,4 % aller Unternehmen durchgeführt (in 10,2 % einmal im Jahr)¹¹³). Im gleichen Jahr legten die Arbeiterräte durchschnittlich nur in 1,6 % aller Entscheidungen, die die Arbeitsbeziehungen betrafen, Einspruch ein, und nur 44 % der Einsprüche wurden aufrechterhalten — insgesamt also nur in 0,7 % aller relevanten Entscheidungen¹¹⁴).

In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, daß das Management einen stärkeren Einfluß auf die Entscheidungen der Selbstverwaltungsorgane ausübt als das Arbeitskollektiv — eine Tatsache, die von jugoslawischen Soziologen kritisiert wird¹¹⁵). Denn es findet eine „Ver-

wischung der Grenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern“¹¹⁶) statt, und die Selbstverwaltung hat in der Regel nur „formellen Charakter“¹¹⁷). Wird das gesellschaftliche Eigentum von den Selbstverwaltungsorganen schlecht verwaltet, gibt es keinen unmittelbar wirksamen Sanktionsmechanismus, so daß eine wirksame externe Kontrolle der Kollektiventscheidungen der Selbstverwaltungsorgane nicht gesichert ist¹¹⁸). Im Gegenteil: Die unklare Verteilung der Verantwortung für getroffene Entscheidungen und die ambivalente Position des Verwaltungsausschusses verhindern jede wirksame Kontrolle der neuen innerbetrieblichen Machtzentren und isolieren den Arbeiterrat vom Arbeitskollektiv¹¹⁹). Dieses Kontrolldefizit wiegt um so schwerer, als die Unternehmen nicht dem vollen Marktrisiko unterworfen sind und die Haftung für eine verfehlte Investitionspolitik unklar ist. Um die diffuse Verantwortlichkeit zu beseitigen und die Funktionen der Unternehmensleitung und Selbstverwaltung besser voneinander abzugrenzen, ist in der Diskussion um die Reorganisation der Selbstverwaltung die Abschaffung des Verwaltungsausschusses gefordert worden. Diese Maßnahme wäre in der Tat ein erster Schritt zur Klärung der Verantwortlichkeit.

Dann sind aber auch Position und Arbeitsweise des Arbeiterrates neu zu überdenken. Das geringe Maß an Kontinuität und Spezialisierung dieses Organs hat bisher eine effektive Kontrolle des Managements verhindert¹²⁰). „Flucht aus der verantwortlichen Individualentscheidung in anonyme Kollektivbeschlüsse“¹²¹) kennzeichnet die gegenwärtige Unternehmensstruktur. Als effektives Instrument zur Kontrolle wirtschaftlicher Machtpositionen hat sich der „Recall“ somit auch in

¹¹⁰) Vgl. H. Huss, a. a. O., S. 20 f.

¹¹¹) Vgl. J. Zupanov, A. S. Tannenbaum, La distribution du contrôle dans quelques organisations industrielles yougoslaves, in: Sociologie du Travail, 1967, 1, S. 10 f.

¹¹²) Vgl. S. J. Vanek, The Behaviour and Performance of Self-Governing Enterprises under Workers' Management. A Yugoslav Case Study (A Study in the Economics of Workers' Management), Ithaka (N.Y.) 1969 (hektographiert), S. 43.

¹¹³) D. Gorupić, J. Paj, a. a. O., S. 212.

¹¹⁴) Dies., a. a. O., S. 218.

¹¹⁵) Vgl. Z. Jelčić, Distribucija utjecaja kod nekih odluka u radnoj organizaciji (Die Einflußverteilung bei einigen Entscheidungen in Arbeitsorganisationen), in: Moderna Organizacija, 1970, Heft 5—6, S. 363; J. Zupanov, Samoupravljanje i drustvena moć, Zagreb 1969, S. 313.

¹¹⁶) W. Eggers, Die jugoslawischen Wirtschaftsreformen und das jugoslawische System, in: K. C. Thalheim, H.-H. Höhmann (Hrsg.), Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968, S. 263.

¹¹⁷) Ders., a. a. O., S. 264.

¹¹⁸) Vgl. J. Smidovnik, Odnosi izmeduopstine i radnih organa cija (Die Beziehung zwischen der Kommune und den Arbeitsorganisationen), in: Moderna Organizacija, 1971, Heft 1, S. 64.

¹¹⁹) Vgl. G. Lemân, Ungelöste Fragen . . ., a. a. O., S. 4, 8, 24.

¹²⁰) Vgl. A. Sturmthal, Workers Councils. A Study of Workplace Organization on both Sides of the Iron Curtain, Cambridge (Mass.) 1964, S. 109.

¹²¹) K. H. Jäger, a. a. O., S. 127.

Jugoslawien nicht erwiesen¹²²⁾. Eine Verselbständigung der Führungsgruppen, eine Abkapselung der Selbstverwaltungsgremien und Kommunikationsstörungen zwischen diesen

Organen und den Arbeiterkollektiven konnten auch mit den dem Rätssystem entlehnten direktdemokratischen Kontrollmechanismen nicht vermieden werden.

V. Schlußfolgerungen

Daß die wirtschaftliche Macht in Jugoslawien aufgrund des Selbstverwaltungssystems stärker dezentralisiert ist, und die Arbeitnehmer einen größeren Einfluß auf das Betriebsgeschehen und die Unternehmenspolitik ausüben als in den Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas, ist nicht zu bestreiten¹²³⁾. Ebenso offenkundig ist aber auch, daß die Praxis der „Selbstverwaltung“ von den offiziellen Zielen weit entfernt ist. Zwischen Etatismus und Selbstverwaltung nimmt das jugoslawische System eine Zwischenposition ein und demonstriert das Dilemma aller direktdemokratischer Organisationsmodelle: das Apathieproblem unzureichender Partizipation und fehlender Beteiligungsreserven sowie das Problem der Machtkontrolle. Die diffuse Verantwortlichkeit miteinander verzahnter Kollegialgremien erschwert oder verhindert sogar jede

Identifizierung der eigentlichen Machtträger und eine wirksame Kontrolle der Machtausübung.

Unter diesen Umständen kann es nicht überraschen, daß das Management seine Position entgegen den Normen des Selbstverwaltungssystems zunehmend festigt und die Kontrolle der neuen innerbetrieblichen Machtzentren unzureichend ist. Zwischen dem Selbstverwaltungsprinzip und dem politischen Monopol der Partei besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz¹²⁴⁾. Das System der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung wird daher seinem eigenen Anspruch nicht gerecht. Seine Bedeutung für die gegenwärtige Diskussion um die Demokratisierung von Industriegesellschaften beruht mehr auf einem Mythos als auf der Praxis der Machtausübung im Unternehmen. Diese Praxis ist kein Beweis für die Funktionsfähigkeit oder Zielkompatibilität von Rätssystemen, und die ihr zugrunde liegende Konzeption kein geeigneter Vorschlag zur Demokratisierung betrieblicher Einflußstrukturen. Vielmehr zeigt die Realität der Selbstverwaltung, „... daß zwischen Utopie und Wirklichkeit des jugoslawischen Modells eine breite Lücke klafft.“¹²⁵⁾

¹²²⁾ In den Betrieben mit mehr als 30 Arbeitern wurden 1956 0,8 % aller Arbeiterratsmitglieder und 1,2 % aller Verwaltungsausschußmitglieder abberufen. Auch in jüngster Zeit waren Abberufungen selten und im allgemeinen nicht auf betriebsinterne Konflikte, sondern auf Wirtschaftsstraftaten und Disziplinarverstöße der Mandatsträger zurückzuführen. Vgl. H. Roggemann, a. a. O., S. 115.

¹²³⁾ Bergson (a. a. O., S. 655) bezeichnet das jugoslawische Wirtschaftssystem als „... a relatively decentralized system incorporating many market-type institutions“.

¹²⁴⁾ Vgl. J. Hawlowitsch, a. a. O., S. 221.

¹²⁵⁾ Ch. Schmidt-Häuer, Titos mißbratenes Lieblingskind, in: Die Zeit, 28. Mai 1971, S. 41.

Heinz Timmermann: Modellvarianten der Einheit und Zusammenarbeit in der kommunistischen Weltbewegung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/71, S. 3—19

Die dritte Moskauer Kommunistenkonferenz vom Juni 1969, an der insgesamt 75 im Prinzip prosovjetsche Parteien teilnahmen, bekannte sich zwar grundsätzlich zur Notwendigkeit, die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zu wahren. Über Methoden und Inhalt der Zusammenarbeit aber herrschte Uneinigkeit, und zwar zwischen den sowjetisch geführten „Traditionalisten“ einerseits und dem heterogenen Lager der „Autonomisten“ (u. a. Italiener, Rumänen, Kubaner) andererseits.

Während sich jene nach wie vor auf angeblich unfehlbare Prinzipien eines kanonisierten Marxismus-Leninismus berufen und bei verbalem Bekenntnis zur Selbständigkeit der Einzelparteien an dem Ziel festhalten, eine allgemeinverbindliche Generallinie auszuarbeiten, verstehen diese den Marxismus nur noch als eine kritische Methode zur Analyse der Wirklichkeit und als Aktionsleitfaden. Die Traditionalisten suchen das überkommene Beziehungsmodell im Weltkommunismus mit der KPdSU als Angelpunkt zu erhalten; die Autonomisten plädieren für eine vertraulich-sachliche Zusammenarbeit unter gleichberechtigter Teilnahme aller Parteien.

Das von den Autonomisten vorgeschlagene Konzept einer „Einheit in der Vielfalt“ (Togliatti) enthält eine ganze Reihe neuer Elemente und Forderungen: Eine konkrete Mitbestimmung der Einzelparteien in allen die Gesamtbewegung betreffenden Fragen; eine offene Diskussion über Meinungsunterschiede zwischen den Parteien sowie eine rationale Konfliktlösung; schließlich eine Transparenz der Entscheidungsprozesse im Weltkommunismus und dessen stärkere Öffnung hin zu den nichtkommunistischen Revolutionären und Reformkräften.

Vorerst jedoch macht der sowjetisch geführte Traditionalistenflügel noch keine Anstalten, auf die Konzeptionen dieser — flexibleren und möglicherweise effektiveren — „neuen Einheit“ einzugehen. Nur in einem sehr langfristigen Prozeß — wenn überhaupt — können daher die unterschiedlichen Modellvarianten der Einheit und Zusammenarbeit im Weltkommunismus harmonisiert werden.

Paul Kevenhörster: Zwischen Etatismus und Selbstverwaltung — Management und Arbeiterschaft in jugoslawischen Unternehmen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/71, S. 21—37

1. Das „jugoslawische Modell“ stellt den bisher einzigen dauerhaften Versuch dar, innerbetriebliche Einflußstrukturen mit Elementen des Rätessystems zu demokratisieren, wobei die Festlegung der Unternehmenspolitik und die Kontrolle der Unternehmensleitung durch Selbstverwaltungsorgane und Arbeitskollektiv gewährleistet werden sollen.

2. Entgegen dieser Zielvorstellung wird die Unternehmensleitung de facto nicht von den Selbstverwaltungsorganen, sondern vom Direktor und Verwaltungsausschuß ausgeübt. Zudem sichert die enge personelle Verzahnung von Arbeiterräten, Gewerkschaften und Partei eine umfassende politische Kontrolle der Selbstverwaltungsorgane. Das eigentliche Machtzentrum in den Unternehmen bilden der Direktor und die Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses, des Arbeiterrates, der betrieblichen Parteiorganisation und der Betriebsgewerkschaftsgruppe.

3. Der Dualismus zwischen politischer Bürokratie und ökonomischer Selbstverwaltung schränkt die Partizipationschancen der Arbeiter ein und begünstigt eine bürokratische Unternehmensführung. „Recall“ und Rotationsprinzip haben die Abkapselung des Managements nicht verhindern können.

4. Das „jugoslawische Modell“ demonstriert das zentrale Dilemma direktdemokratischer Organisationsmodelle: Diffuse Verantwortlichkeit miteinander verzahnter Kollegialgremien verhindert jede wirksame Kontrolle von Machtpositionen.